Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 4 (1975)

Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

4. Jahrgang Nr. 2
25. Februar 1975
Erscheint monatlich

das konzept

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Abonnemente: pro Jahr Fr. 15.– (Ausland Fr. 18.–)

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.50

Der Zauberer, der nicht zaubern konnte
Warum auch Mädchen Fussball spielen können *Seite 3*

Neu: GEPRESST
Unter diesem Titel wird «das konzept» fortan in kurzer Form Wissenswertes aus Bildung, Wirtschaft, Planung, Medien usw. bringen *Seite 3*

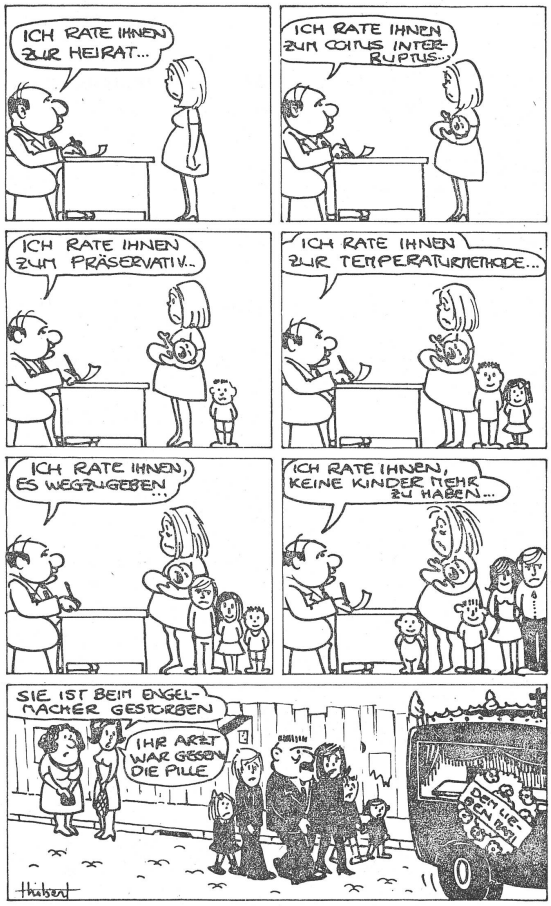
Krachen im Wirtschaftsgebälk
Beat Kappeler geht den Ursachen der gegenwärtigen Flaute in der Weltwirtschaft nach *Seite 5*

Im Vordergrund der Gewinn
Was in einer profitorientierten Wirtschaft unter «Marktforschung» verstanden wird *Seite 6*

Solothurner Filmtage
Kehrt der Schweizer Film zum Mittelmass zurück? *Seite 7*

Pop-Propaganda
Die perverse Mentalität im Showbusiness *Seite 7*

Wo Berge . . .
Ursachen und Folgen des Bergbauernproblems *Seite 9*



Schwangerschaftsabbruch ist nicht nur ein Problem der geltenden Gesetze

Soll Verantwortung Mord sein?

«Unsere Gesellschaft schützt das keimende Leben, aber was tut sie für das anwesende?» Das ist die Frage einer 30jährigen Frau, die unter grosser psychischer Belastung abgetrieben hat und dabei erleben musste, wie dieser «Schutz des keimenden Lebens» sich auf die betroffenen Frauen auswirkt: in Demütigung und Diskriminierung. Die Situation der Frau in ihrem ureigensten Bereich ist ebenso wie ihre gesellschaftliche in Familie, Politik und Betrieb ein Zustand der Unterdrückung und Benachteiligung. «das konzept» hat Berichte von Frauen zusammengetragen, die ein erschrekkendes Bild der Wirklichkeit hinter den «verschlossenen Türen» abgeben. Im ersten Teil dieses Berichtes stellen wir die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Hintergründe dieser Situation dar. In der März-Nummer werden wir die Möglichkeiten zur Verbesserung dieses Zustandes, insbesondere jene der Empfängnisverhütung und der Abtreibungsmethoden, aufzeigen sowie über fortschrittliche und pseudoprogressive politische Strömungen berichten. Ruedi Küng

Frauen, die illegal abgetrieben haben, sind in unserer Gesellschaft kriminell. Legale Abtreibungen sind immer wieder Anlass, mit dem Finger auf jene Frauen zu zeigen. Aber sie sind auch Anlass für viele Ärzte und Psychiater, ihre Macht und ihre scheinheilige Moral den Frauen gegenüber wirksam werden zu lassen: als Demütigung oder Repression, indem sie den Frauen mit unwahren medizinischen oder gar religiösen Sachverhalten Angst einjagen. Frauen, die solches mitmachen mussten, sprechen nicht gern über ihre Erfahrungen. Wenn sie es trotzdem tun, haben sie um so mehr das Recht auf den Schutz ihrer Persönlichkeit. Darum veröffentlichen wir die authentischen Aussagen ohne Namensnennung, und wir haben Umstände weggelassen, die einen Hinweis auf die Identität hätten geben können.

«Gehen Sie zu einem Kurpfuscher»

«Der Arzt sagt mir: ‹Sie sind nur ein bisschen nervös, ich glaube nicht, dass eine Schwangerschaft vorliegt, kommen Sie in 14 Tagen wieder.› Nach der dritten Untersuchung und der dritten Spritze weist er mich an einen ‹Spezialisten›. Dieser erklärt, er könne nichts feststellen, und will mich in 14 Tagen nochmals untersuchen. Nach der zweiten Konsultation macht er einen Urintest. ‹Ich werde Sie benachrichtigen› – damit bin ich entlassen.

Nach drei Wochen teilte er mit den Befund mit. Langsam werde ich misstrauisch, denn ich merke ja meine Veränderung, aber solange ich nicht die Bestätigung eines Arztes habe, kann ich nichts unternehmen. So suche ich einen dritten Arzt auf, der sogleich bestätigt, was ich schon lange befürchtete: Schwangerschaft Mitte des dritten Monats. Er kann nicht begreifen, dass die andern Ärzte dies nicht erkannten, ich meine: erkennen wollten. Auf meine direkte Frage, wie er die Möglichkeiten eines legalen Abbruchs in der Schweiz beurteile, empfiehlt er mir, nach England zu gehen. Ich müsse verstehen, er könne nichts für mich tun. Ob ich denn keine Pillen nähme, und warum ich nicht aufgepasst hätte. Ohne grosse Hoffnung suche ich meinen Hausarzt, der mich seit zwanzig Jahren kennt, auf. ‹Ich kann Ihnen nur den Rat geben: gehen Sie zu einem Kurpfuscher und nachher schleunigst ins Spital, ich kann sonst nichts für Sie tun.›

Der Arzt, der mit letztlich ein Zeugnis ausstellt und die Adresse eines Psychiaters vermittelt, bittet mich eindringlichst, seinen und den Namen des Psychiaters später nie zu erwähnen, er habe schon jetzt grosse Schwierigkeiten mit seinen ‹humanen› Kollegen.

Angstvoll warte ich im Sprechzimmer auf die Psychiaterin. Dieses Gefühl des Ausgesetztseins, des ‹Frohseinmüssens› um das Wohlwollen und die Ehrlichkeit eines Arztes ist jetzt noch verstärkt, da ich einen Lebenslauf mitbringen musste. Dieser Lebenslauf ist eine Verzerrung meiner selbst, der nur den Zweck hat, mich als unzurechnungsfähig, ‹angeknackst› auszuweisen. Die ‹Unterredung› dauert 15 Minuten, und ich muss alle Beherrschung aufbieten, um nicht einfach davonzulaufen. Offenbar gehört es zum Ritual, die ‹Bittstellerin› bis aufs letzte zu demütigen. Damit ‹man› in Zukunft ‹aufpasst›. – Und doch werde ich den Eindruck nicht los, dass die Ärztin überfordert ist. Als ich sie frage, ob sie mir nun das Zeugnis ausstelle, erwidert sie resigniert und zynisch zugleich: ‹Es bleibt mir ja nichts anderes übrig.› Ihren schriftlichen Bericht will sie mir nicht zeigen, aber ich habe ja, was ich wollte, da kann man sich doch ein bisschen demütigen, bevormunden lassen . . .!

Die Auskratzung geht unter grosser Angst und schlechtem Gewissen und Schmerzen vonstatten. ‹Sie gehen ein Risiko ein, eine Abtreibung ist immer mit Gefahren für die Frau verbunden› – mit diesem aufheiternden Satz und den üblichen Ermahnungen werde ich vom Arzt mit dem Wunsch entlassen, ihn nicht mehr aufzusuchen. Nach vier Wochen anhaltender Blutungen suche ich einen Gynäkologen auf. Als er hört, dass ich eine Auskratzung hinter mir habe, ändert sich sein bisher joviales Verhalten. ‹Sind Sie sich darüber im klaren, dass Sie einen Mord begingen? Warum suchen Sie jetzt nicht auch ihren Abtreiber auf?› Zu sagen habe ich darauf nichts – jetzt kann ich es mir ja leisten, wortlos aufzustehen und diesen ‹Hüter des Lebens› zu verlassen.

Meiner Person und den Hintergründen der Abtreibung brachten diese Ärzte kein Verständnis entgegen, auch keine ‹Verantwortung gegenüber dem Leben›, das da ist und lebt. Alternativen zur Abtreibung, Kritik an einer Gesellschaft, die es einer Frau weder erlaubt abzutreiben noch ein uneheliches Kind unter einigermassen annehmbaren Bedingungen aufzuziehen. Die Rolle des Mannes und seine Verantwortung wurden nie erwähnt. Ich habe ‹nicht aufgepasst›, war ‹verantwortungslos›, beging ‹Mord›. Meine Angste und meine Verzweiflung waren es nicht wert, erörtert zu werden. Aber die Gesellschaft schützt ja das keimende Leben. Was tut sie für das bestehende?»

(Sekretärin, 30 Jahre)

«Behandlung» bei der Engelmacherin

1964, ich war 25 Jahre alt, wurde ich schwanger, da meine Berechnungsmethode für die kritischen Tage nach vier Jahren zum erstenmal gründlich fehlschlug. Ein Kind bekommen wollte ich auf keinen Fall, denn ich mochte damals Kinder nicht besonders gern, zudem hatte meine Schwester deren 6, und ich war mir ziemlich klar, dass ich nie Kinder haben wollte. Ich war bei zwei Ärzten, sie wollten mir nicht helfen, da nahm ich dann endlich allen Mut zusammen und erzählte es einer Freundin. Sie konnte sich erinnern, dass ihre Schwester vor kurzem andeutungsweise etwas erzählt hatte von einer Bekannten in einer ähnlichen Situation. Sie würde sich näher erkundigen. Die Schwester meiner Freundin lebte auf dem Land, also musste ich bis zum Wochenende warten und verzweifelte fast.

Meinem Freund wollte ich es nicht erzählen. Er war etwas jünger als ich und ein sehr unentschlossener Typ, lebte noch bei seinen Eltern, und ich fürchtete, wenn die Wind davon bekämen, würden sie uns kurzentschlossen verheiraten. Obschon ich ihn sehr gern hatte, kam es überhaupt nicht in Frage, unter diesen Bedingungen zu heiraten.

Am Sonntagabend kam meine Freundin zurück, gab mir eine Adresse und sagte, wenn ich wolle, könne ich am nächsten Donnerstag um 14 Uhr dahin gehen, ihre Bekannte hätte das mit dieser Frau, die eine ehemalige Krankenschwester sei, abgemacht. Nach einem schlechten Wochenbeginn war es kein Problem, am Donnerstag früh im Betrieb starke Bauchschmerzen vorzutäuschen, und ich sah vor lauter wenig Schlafen schon so schlecht aus, dass man mich nach Hause schickte. Dann nahm ich den Zug und fuhr nach W. Die Angst, dass mich jemand sehen möge, war viel schlimmer als die Angst vor der Sache. Vielleicht ist die Frau gar nicht zu Hause, was mache ich dann, was sage ich, wenn mich jemand fragt, was ich suche?

Ich fand das Haus, die Frau war da. Sie fluchte mich an und drohte mir, dass etwas passiere, wenn ich schreie oder wenn ich irgend jemandem etwas sage. Da wurde es mir ganz schlecht, und ich musste erbrechen. Da ich noch rechtzeitig das WC fand, war sie etwas versöhnt. Dann musste ich warten, in einer dunklen muffigen Stube. Sie kam wieder, mit einer weissen Schürze bekleidet, mit einem Tablett, das sauber zugedeckt war, ich musste mich auf den Tisch legen. Sie arbeitete mit Handschuhen, ihre Bewegungen waren ruhig und sicher, sie redete dabei immer vor sich hin, beschimpfte mich, beruhigte mich wieder, sagte, dass es bald vorüber sei, ich solle mich ja nicht bewegen.

Die «Behandlung» dauerte nicht sehr lang, doch für mich waren es Stunden, und ich war völlig erschöpft, als alles vorbei war. Nun tat mir alles weh, nicht

(Fortsetzung auf S. 2)

Das Abtreibungsgesetz kann tödlich wirken

Die Aussagen der Frauen über ihre Erfahrungen bei einer Abtreibung sprechen eine deutliche Sprache. Sie zeigen auf, wie die Gesellschaft auf ein Problem reagiert: indem sie vorhandene soziale Benachteiligung und Unterdrückung mit einem gesetzlichen Verbot zu zementieren versucht. Und dieses Gesetz kann für die betroffene Frau tatsächlich tödlich sein.

Wenn Frau Dr. X oder Frau Dir. Y schwanger wird, ohne es zu wollen, bekommt sie ohne grosse Schwierigkeit eine Abtreibung. Erstens hat sie Adressen von Ärzten und Psychiatern oder einschlägigen Kliniken, sei es durch eigene Beziehungen oder durch solche des Mannes. Vor allem aber hat sie Geld, um jene zu bezahlen. Der Fall einer unerwünschten Schwangerschaft wird, zumindest in dieser Hinsicht, für sie ohne Probleme gelöst werden.

Was aber passiert, wenn soziale Beziehungen zu Ärzten fehlen, wenn Geld fehlt, wenn überhaupt Informationen bezüglich Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsunterbrechung fehlen? (Dass dieser Fall der weitaus häufigste ist, beweist allein schon die überaus hohe Ziffer der illegalen Aborte.) In diesem Fall nämlich wird die Frau einer Prozedur ausgesetzt, die schlicht menschenunwürdig ist. Sei es, dass sie zu einem Kurpfuscher geht oder selbst eingreift, sei es, dass sie den «normalen» Weg über den (Haus)Arzt wählt: sie wird schikaniert.

Was sind denn die Gründe, die zum Wunsch nach einer Schwangerschaftsunterbrechung führen? Medizinische Gründe sind selten. Überdies sind sie sogar nach dem geltenden Recht Grund für eine legale Unterbrechung. In den weitaus meisten Fällen sind Überlastung durch Beruf oder Familie und Haushalt, Belastung durch schon vorhandene Kinder Ursachen dafür, kein Kind mehr haben zu wollen. Zu kleiner Wohnraum und die Schwierigkeiten, eine grössere Wohnung zu finden, finanzielle Knappheit oder der Wunsch, sich weiterzubilden, sind weitere Gründe. Auch der berechtigte Wunsch einer Frau, einen Beruf auszuüben und nicht an einen Haushalt gefesselt zu sein, ist oft Anlass zu einer Abtreibung.

«Lieber ziehe ich Kinder auf, als dass ich Krebs bekomme.»

Vorrangig dem Problem, wie man eine unerwünschte Schwangerschaft unterbrechen kann, ist jenes der Empfängnisverhütung. Denn mangelnde Information – auch bewusste Fehlinformation – sit die Hauptursache der Vielzahl von unerwünschten Schwangerschaften. Es ist kein dummer Scherz, zu sagen, das Problem beginne da, wo eine Mutter ihrem Kind verbietet, mit seinen Geschlechtsorganen zu spielen. Eine unterdrückende Sexualerziehung bewirkt eine angsthafte Einstellung zur Sexualität und zur Empfängnisverhütung.

Diese Einstellung wiederum ist Ursache dafür, dass falsche Information gutgläubig für bare Münze genommen wird. Mutter wie Kind aber sind nur Opfer einer repressiven Gesellschaft. Wer hat schon in der Volksschule mehr gehört, als dass Syphilis zum Schwachsinn führe? Oder dass eine freiere Sexualität die Geschlechtskrankheiten verbreite? Aufklärung über die Funktion der Sexualität, über Verhütungsmittel oder gar über Schwangerschaftsunterbrechung fehlen fast vollständig.

Aber auch bewusste Fehlinformation stützt diesen Zustand. Jener Satz im französischen Film über das Abtreibungsproblem *«Histoires d'A»*, *«Lieber ziehe ich Kinder auf, als dass ich Krebs bekomme»* (von der Pille nämlich), ist durchaus ernst gemeint und beruht auf einer Fehlinformation durch den Arzt oder die Massenmedien. Es macht sich eine Moral geltend, welche die Leute einschränkt sowohl in ihrem Sexualverhalten als auch in den daraus entstehenden Folgen. *«Machen Sie Kinder!»* wird mancher Frau an den Kopf geworfen, die beim Arzt die Pille verlangt.

Wollen Sie sich über moderne Verhütungs- und Abtreibungsmethoden informieren? Lesen Sie die März-Nummer von «das konzept». Ein Bestelltalon finden Sie nebenstehend.

Die sozialen Einrichtungen fehlen

«Bringen Sie das Kind zur Welt!» heisst die Moral vieler Ärzte gegenüber jeder schwangeren Frau. Gefragt wird

(Fortsetzung auf S. 2)

Betrifft: Abtreibung

«das konzept» begnügt sich nicht damit, über die Abtreibungsproblematik zu berichten: es kann Ihnen auch helfen, wenn Sie sich mit einer unerwünschten Schwangerschaft konfrontiert sehen. Wir haben soeben ein neues Merkblatt in Sachen Schwangerschaftsabbruch herausgegeben, mit nützlichen Hinweisen, Tips und Adressen. Das Merkblatt enthält insbesondere die Adressen verschiedener Beratungsstellen und empfehlenswerter ausländischer Kliniken. Sie erhalten es gratis gegen ein frankiertes und adressiertes Couvert bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Zu den gleichen Bedingungen ist bei «das konzept» die Neuausgabe der Liste von Ärzten erhältlich, die die Verordnung von Empfängnisverhütungsmitteln liberal handhaben.

Es märzelet

auch heuer wieder bei der Zeitung «das konzept». Was nicht etwa bedeutet, dass bei der Redaktion die Frühlingsmüdigkeit eintritt – o nein! Es heisst nur, dass im März 1975 eine Nummer produziert werden soll, die – so hoffen wir – ebenso ein Hit wird wie die Märznummer 1974. (Erinnern Sie sich: Einkaufszentren-Story, Konrad Farners 25 Thesen zu Solschenizyn.) Da sicher auch Sie seit letztem Jahr klüger geworden sind, wissen Sie, dass, wenn Sie die Märznummer mit untenstehendem Talon vorausbestellen, Sie sich mühsame Nachbestellungen ersparen – logisch, oder? Also, wenn Sie nicht sicher sind, «das konzept» vom 21. März am gewohnten Ort beziehen zu können, greifen Sie schnell zur Feder. Sie werden mit dem behaglichen Gefühl belohnt, «das konzept» zu gegebener Zeit franko Haus oder Ferienwohnung per Post zu erhalten.

Talon ausfüllen und einsenden an «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Ich bestelle . . . Ex. der März-Nummer von «das konzept» und lege pro Ex. 1.50 Fr. in Briefmarken bei.

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

report

nur der Bauch. Wenigstens durfte ich noch zwei Stunden liegenbleiben, und sie gab mir Kaffee. Das kostete mich 300 Franken; und wenn ich irgend etwas davon irgendwo erzählen werde, dann würde es mich noch Gefängnis kosten.

Dann stand ich auf der Strasse, war keinem Menschen begegnet; aber sollte ich jetzt mit dem nächsten Zug nach Zürich fahren? Ich setzte mich noch in den Wartsaal und entschied, erst nach Einbruch der Dunkelheit den Zug zu nehmen. Aufatmen konnte ich jedoch erst, als ich wieder daheim war.

Als mein Freund etwas später davon erfuhr, wollte er nichts mehr mit mir zu tun haben, was mich in so grosse Verzweiflung brachte, dass ich anschliessend eine therapeutische Behandlung brauchte. Der Gynäkologe, bei dem ich nach zwei Monaten zur Untersuchung ging, fragte nicht viel. Er meinte, ich hätte Glück gehabt und viel Mut. Und gab mir endlich die Pille.
(34 Jahre)

Schmerzen als Strafe

«Als ich, 21jährig, ledig, Freundin eines Studenten – mein späterer Mann –, in Erwartung kam, war ich der Verzweiflung nahe. Die damaligen moralischen, religiösen und gesellschaftlichen Ansichten trieben mich in eine Panikstimmung: die Angst vor dem Elternhaus, die Schande, heiraten zu müssen.

Mein Freund versicherte mir, wenn ich das Kind nicht wegbringen lassen könne, sei er gewillt, mich sofort zu heiraten, obwohl er seine Ausbildung noch nicht beendet hatte und über keinerelei Geldmittel verfügte und aus armen Verhältnissen stammte. Ich selber konnte seitens meiner Eltern auf kein Verständnis hoffen, denn mein Vater, dem mein Freundschaftsverhältnis missfiel, drohte mir ständig, wenn ich ein uneheliches Kind nach Hause bringen würde, jage er mich fort. Ich selbst hatte zu grosse Angst und nicht den Mut, zu diesem Kind zu stehen. Auch verdiente ich nicht genügend, so dass für mich der Leidensweg – Gang zu verschiedenen Ärzten – begann und ich immer wieder erleben musste, dass man mich abwies mit der Aufforderung, das Kind zur Welt zu bringen. Bei meiner Mutter erweckte ich Verdacht. Auch sie riet mir zur Abtreibung aus Angst vor den Leuten und meinem Vater.

Eines Tages erhielt mein Freund die Adresse eines Arztes in Zürich, wo ich mich hinwenden sollte. Der Arzt verlangte von mir das Gutachten eines Psychiaters und wies mich an eine Adresse. Beim zweiten Besuch bei diesem Psychiater versuchte dieser, mich zum Geschlechtsverkehr zu bringen, und betastete mich unzüchtig – ich kam mir vor wie das letzte Stück und wie ein Spielball, den man weitergeben wollte. Ich wollte nur noch eines: mich befreien von diesem Kind, das mich in solch unwürdige Situationen brachte.

«Die Leute in unserem Städtchen haben mit den internierten fremden Soldaten und Zivilflüchtlingen noch nicht so recht den Rank gefunden. Von den Mädchen und Frauen, die den Internierten nachstreichen und unser Städtchen in Verruf bringen, will ich lieber nicht reden.»
Schweizerisches Zivilverteidigungsbuch, 1969

Der Eingriff fand spätabends in der Arztpraxis unter Mithilfe der Praxishilfe statt, gegen Ende des dritten Schwangerschaftsmonats. Die Narkose wirkte gegen Ende der Operation nicht mehr, so dass ich unter fürchterlichen Schmerzen und dem Hinweis des Arztes, dass ich dies als Strafe aufnehmen solle, spürte, wie man mir Stücke aus meinem Unterleib herausriss. Nachher durfte ich zwei Stunden liegen bleiben, und mich überkam ein Gefühl der Befreiung; ich hatte das Gefühl, ich gehöre wieder mir selbst.

Als ich mich nach drei Jahren verheiratete und das erste Kind erwartete, wurde ich durch ein schlechtes Gewissen geplagt. Ich befürchtete, dass mein Kind nicht gesund auf die Welt komme. Aus Angst und Depressionsgefühlen beschwor ich Gott und gelobte, alles zu beichten, wenn mein Kind nicht zur Strafe für die Abtreibung abnormal sei. So habe ich es auch getan. Meine gequälte Seele fühlte sich entlastet von dem Druck und dem schlechten Gewissen, und ich begann den Vorfall zu vergessen (oder wie man sagt: zu verdrängen). Ich neige aber immer noch dazu, Negatives in meinem Leben als Strafe für jene Ereignisse aufzufassen. Ich kann jeder Frau nachfühlen, welche Verzweiflung, Ratlosigkeit und Alleingelassenheit sie überfällt, wenn sie das gleiche erlebt, und verurteile keine – wie sie auch entscheidet.»
(Hausfrau, 50 Jahre)

«Das allerschlimmste war die Psychiaterin»

«Die grosse Angst vor der Schwangerschaft kennt wohl jede Frau. Ich war knapp 20 Jahre alt, mein Freund sogar noch etwas jünger. Also zwei junge und unerfahrene Leute, die mittellos im Leben standen. Für mich war es die erste intime Beziehung zu einem Mann. Meine fromme Mutter hielt mich von der Pille ab – und schon war das Unglück geschehen. Mein Freund wollte das Kind, ich um keinen Preis, denn es hätte unser Leben zerstört, da wir gar nicht zueinander passten. Die Adresse des Arztes gab mir mein Frauenarzt, der selbst keine Abtreibungen durchführt. Es ging also auf legalem Weg. Das allerschlimmste am Ganzen war die Psychiaterin. So etwas Perfides trifft man nicht alle Tage. Sie behandelte mich mit Verachtung, was mich seelisch am meisten hernahm. Diese gefühlskalte Frau hat mein Selbstvertrauen für lange Zeit zerstört. Die Abtreibung selbst fand ich dagegen harmlos. Ich machte mir danach auch keinerlei Vorwürfe und war nicht deprimiert. Im Gegenteil: es war für mich eine grosse Erlösung. Denn ich hätte nicht nur mein, sondern auch das Leben des werdenden Kindes kaputtgemacht. Trotzdem war mir diese Abtreibung eine grosse Lehre für mein späteres Leben, und ich möchte das nicht noch einmal durchmachen.

Abschliessend muss ich aber bekennen, dass ich für eine Abtreibung auf legalem Weg bin. Also ja zum Schwangerschaftsabbruch. Denn so, wie der Zustand jetzt ist, dass der Psychiater uns zwingt, Aussagen zu machen (wie zum Beispiel, dass man sich das Leben nehme), soll er nicht bleiben. Es ist im Endeffekt nur eine Geldmacherei der Ärzte und Psychiater, und das finde ich am erschreckendsten.»
(Sekretärin, 28 Jahre)

«Heilige Kuh – schwule Sau»

«Durch grausame Vergewaltigung wurde ich mit 11 Jahren schwanger – die Demütigungen, Schweinereien und die seelische Grausamkeit, bis das Fürsorgeamt endlich einem Abbruch der Schwangerschaft zustimmte!

Erst wurde ich von Psychiater zu Psychiater gejagt, um denen ja alle Details der Vergewaltigung aufzutischen. Fast 10 Wochen musste ich den Embryo in mir tragen, bis sich dann endlich ein Platz im Spital fand. Die Schwestern waren so abfällig und fragten mich Dinge, die ich noch nie gehört habe. Als sie dann irgendwie erfahren hatten, dass meine richtige Mutter eine Dirne ist, war es mit der letzten Freundlichkeit aus. Nach dem Eingriff war es mir etwas wohler, aber da musste ich noch vor die Studenten im Spital; da sie mich wie eine heilige Kuh bestaunten, war es mit meinen Nerven zu Ende. Ein halbes Jahr wurde ich in ein Sanatorium in . . . gesteckt, bei Nonnen und katholischen Schwestern.

Nun bin ich ein paar Jahre älter, aber was aus mir geworden ist – ja, ich bin lesbisch, und so werde ich nie mehr in meinem Leben als Wundertüte angestarrt, höchstens als schwule Sau.»
(20 Jahre)

Das Abtreibungsgesetz...

Fortsetzung von Seite 1

weder nach dem psychischen Zustand; noch wird der einfache Wille der Frau respektiert, (jetzt noch) kein Kind zu haben. Auch bei den *Familienplanungsstellen*, die es in den meisten grösseren Städten der Schweiz gibt, kann eine Frau nur Auskunft und Beratung über Empfängnisverhütung finden. Bei Abtreibungen sind die meisten dieser Einrichtungen hilflos. Darüber hinaus sind in der Schweiz grosse regionale Unterschiede vorhanden.

Wenige Kantone mit liberalerer Handhabung des Abtreibungsgesetzes (vorwiegend Stadtkantone) müssen zu den eigenen hinzu noch die Fälle aus der Überzahl der konservativen übernehmen. Mehr als die anderen schliessen letztere die Augen vor einer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wohl gibt es zuallererst die Aufklärung zu verbessern, schlechte Verhütungsmethoden, die noch weit verbreitet sind, wie die *«Ogino-Knaus»*- (Aufschreiben der Zyklen und Berechnung der fruchtbaren und unfruchtbaren Tage) oder die *Coitus-interruptus»*-Methode (Trennung vor dem Orgasmus des Mannes; psychisch schädigend) durch moderne, wirksame zu verdrängen. Aber auch die Schwangerschaftsunterbrechung muss freigegeben werden, um all jene Fälle zu lösen, wo die Verhütung versagte. Denn nach *Prof. Dr. Heinrich Stamm* vom *Bezirksspital Baden* ist *«eine absolut zuverlässige Schwangerschaftsverhütung unmöglich»*.

Die Schranken des geltenden Rechts

Die zentrale Stütze dieser Verhältnisse bilden jene Sätze der §§ 118–121 des schweizerischen Strafgesetzbuches.

Das heutige Gesetz stammt aus dem Jahr 1920 und trat 1942 in Kraft. Es verbietet grundsätzlich den Schwangerschaftsabbruch. Die Frau, die abtreiben lässt oder selbst abtreibt, und der Abtreiber werden mit Gefängnis und eventuell Busse bestraft. Einzige Ausnahme bildet die sogenannte «medizinische Indikation» (§ 120). Ein Schwangerschaftsabbruch ist danach durch einen Arzt erlaubt, wenn ein vom Kanton bestimmter Gutachter (in der Regel ein Psychiater) der Meinung ist, der Eingriff sei notwendig, «um eine nicht anders abwendbare Lebensgefahr oder grosse Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit von der Schwangern abzuwenden».

«Sie finden meine Rechnung für die Abtreibung überrissen? Sie vergessen wohl, dass für uns Ärzte das ‹Recht auf den eigenen Bauch› bereits existiert!»

Dieses Gesetz «in der Hand» hat jener Arzt, der einer Frau sagt: *«Sie sind eine Mörderin!»* Mit diesem Gesetz droht auch jener Arzt, der die Schmerzen bei seiner Abtreibungsmethode gleich als Bestrafung anwendet. (Vergleichen Sie die nebenstehenden Berichte von Frauen, die abgetrieben haben.) Es wäre jedoch falsch, wollte man die Demütigung und Unterdrükkung allen Ärzten und Psychiatern anlasten. Viele Seelsorger und Sozialhelfer, viele Politiker und politische Institutionen tragen dafür Verantwortung. Mehr noch: Man darf nicht die überaus heikle Situation der Ärzte, Psychiater und Sozialinstitutionen unter dem herrschenden Gesetz übersehen. Denn es bringt auch für sie die gleiche Bestrafung wie für die Frauen. Die Perfidie des Gesetzes liegt gerade darin, dass es den einen Ärzten noch mehr Möglichkeiten in die Hand gibt, ihre Macht den Frauen gegenüber anzuwenden; anderseits den fortschrittlichen und sozial denkenden die Hände bindet! Der Satz einer auf der Strasse interviewten Frau im oben genannten Film bekommt gerade in diesem Zusammenhang seine Bedeutung: *«Kriminell sind nicht jene, die abtreiben, sondern die, welche die Frauen heissen, Kinder auf die Welt zu bringen, für die sie nicht sorgen können!»*

Doppelt ausgenützt

Jene schwangere Frau also, die nicht im akademischen Milieu verkehrt und deren finanzielle Mittel nur gerade zum Leben ausreichen, befindet sich in einer doppelt schwierigen Situation. Sie hat erstens ein gebrochenes Verhältnis zum Zustand, in welchem sie sich befindet: Sie will abtreiben, aber findet es schlimm oder gar moralisch schlecht. Sie ist weiter voll belastet (wenn nicht überlastet) durch Beruf oder Familie oder durch beides. Auch hat sie die sozialen Kontakte und Informationen nicht, welche ihr weiterhelfen würden. Sie geht vielleicht zu einer Familienplanungsstelle, wo man ihr kaum weiterhelfen kann, sie bestenfalls zu einem Arzt schickt. Oder sie geht direkt zu ihrem Hausarzt. Wenn sie nicht das seltene Glück hat, einen fortschrittlichen Hausarzt zu kennen, wird dieser ihr zuerst einmal nahelegen, das Kind auf die Welt zu bringen. Wird sie auf einem Unterbruch beharren können, hat der Arzt freie Hand, sie moralisch zu erniedrigen und zu demütigen. (Wie einer der Berichte beweist, kann es dabei sogar so weit kommen, dass der Arzt die Frau als «Freiwild» betrachtet!)

Der Lebenslauf: Verzerrung seiner selbst

Vielleicht weigert er sich auch schlicht, der Frau weiterzuhelfen, und sie ist, was oft vorkommt, gezwungen, einen neuen Arzt zu suchen.

Einmal wird sie, wenn sie überhaupt die Kosten tragen kann, bei einem Psychiater angelangt sein. Wie auch immer dieser sich verhalten mag, die Frau wird gezwungen sein, einen Lebenslauf zu entwerfen, der ihr nicht entspricht. Sie muss einen Selbstmord heucheln, damit der Psychiater die Bewilligung zur Abtreibung geben kann. Beide sind Opfer der rechtlichen Situation!

Schliesslich wird die Abtreibung vorgenommen. Aber nicht etwa nach den modernen Methoden (Absaugmethoden), die sich im Ausland als gut erwiesen haben und sogar ohne Anästhesie (Schmerzbetäubung) vor sich gehen. Es werden alte, schmerzhafte Methoden angewandt, als ob der Schmerz zur Züchtigung absichtlich hervorgerufen werden sollte.

Und die Kosten?

Der mühsame Weg ist kostspielig. Eine Abtreibung kostet zwischen 1000 und 2000 Fr. Nicht eingerechnet die Arztkosten. Nicht eingerechnet ein möglicher Lohnausfall, der durch die bei alten Methoden nötige Bettruhe entsteht. Nicht eingerechnet jene Hilfen, die während dieser Zeit die Haushaltsarbeiten übernehmen müssen. So viel kostet es in Franken, unerwünschte Kinder und deren Schädigung zu vermeiden. So viel kostet es, einer eigenen Schädigung durch untragbare Belastung zu entgehen oder finanzielle Not abzuwenden. So viel in «klingender Münze». Wieviel mehr aber kostet es an seelischer Belastung! Damit ist nicht nur das *«Ausgeliefertsein»* dem Arzt gegenüber gemeint, sondern auch die Diskriminierung durch die Umwelt, in der Nachbarschaft z. B. oder im Betrieb. Die *«heilige Kuh und schwule Sau»* (vgl. Bericht) steht als hartes Beispiel für die zum Teil subtileren Formen der Verachtung. Eine durch das Gesetz gestützte Moral setzt sich derart durch gegen jene, die die Kraft haben, aus Verantwortung diese Moral zu durchbrechen.

Den eigenen Tod riskieren

Wir haben bisher den Fall jener 20 000 *legalen* Abtreibungen (pro Jahr in der Schweiz) betrachtet. Noch schlimmer steht es um die 50 000 Schweizer Frauen, die pro Jahr *illegal* abtreiben; das sind 1000 Abtreibungen in der Woche! Diese Frauen sind, weil ihnen die Angst vor der Bestrafung für ihr «Verbrechen» viel näher ist, den Kurpfuschern und Stricknadeln auf Leben und Tod ausgesetzt. Nicht nur die Kosten sind dabei hoch (hoch wie auf der andern Seite der Profit), auch das Risiko. Denn durch unsachgemässe Instrumente (Stricknadeln und dergleichen) ist die Gefahr des Durchstechens der Gebärmutterwand sehr gross. Bei einem Durchstich riskiert die Frau den Tod durch Verbluten. Auch die Gefahr, dass nicht steril abgetrieben wird, ist «hinter verschlossenen Türen» um ein Vielfaches grösser als im Spital oder bei einem Arzt.

Wie häufig aber das harte Gesetz durchbrochen wird, wieviel an Strapazen und Risiken eine Frau auf sich nimmt, ist ein strikter Beweis dafür, dass dieses Gesetz kein «Gesetz fürs Volk» ist. Es ist auch ein Beweis dafür, dass mit gesetzlichen Verboten keine sozialen Probleme gelöst werden können.

Wer will diesen Zustand erhalten?

Angesichts dieser beeindruckenden Realität stellt sich die Frage, welche Kräfte in unserer Gesellschaft an der Erhaltung dieses Zustandes interessiert sind. Wer kämpft denn gegen die liberale Forderung nach freier Abtreibung so vehement, und aus welchen Gründen?

Dazu liefert die Familie ein wichtiges Erklärungsstück. Sie hat dafür zu sorgen, dass sich «die Art erhält». Im wesentlichen heisst das, dass die aus dem Produktionsprozess scheidenden Arbeitskräfte ersetzt werden müssen. Ein mangelnder Nachwuchs bringt der Wirtschaft Schwierigkeiten. Darum sollen Frauen die Kinder zur Welt bringen. Gegner der freien Abtreibung sind also einmal jene, die von der Wirtschaft am meisten profitieren.

Die Kraft der Moral

Aber auch die Hüter der Moral in unserer Gesellschaft sind an der Erhaltung des jetzigen Zustandes interessiert. Dabei werden immer wieder *«ethische Motive»* geltend gemacht. *«Leben erhalten»*, *«Keimendes Leben schützen»* sind die Devisen. Dahinter verbirgt sich jedoch eine ganz andere Funktion: Längst hat die Forschung erkannt, dass eine freie Sexualität stärkere Persönlichkeiten erzeugt. Persönlichkeiten also, die sich besser wehren können. Eine Unterdrückung der Sexualität aber bewirkt das Gegenteil: Personen, die sich leicht einordnen lassen. Eine freie Sexualität, die durch Aufklärung über Verhütungsmittel und durch die Möglichkeit, unerwünschte Schwangerschaften abzubrechen, ermöglicht wird, muss also jenen zuwiderlaufen, die Herrschaft ausüben wollen. Herrschende Kreise kämpfen also gegen freie Sexualität, gegen Aufklärung über Verhütungsmittel, gegen freie Abtreibung. Ihnen und allen Patriarchen muss der Schreck in den Knochen sitzen angesichts der Chance der Frauen, über den Nachwuchs der Gesellschaft zu entscheiden.

Ruedi Küng

Wir haben die Situation der betroffenen Frauen aufgezeigt und die Ursachen dieses Zustandes aufgedeckt. Es ist, zuallererst für die Betroffenen, eine fatale Realität. Aber es gibt in der Schweiz auch Bewegungen, die gegen diesen Zustand kämpfen: durch Aufklärung, durch politischen Kampf. Diese «andere Seite» gilt es nicht aus den Augen zu verlieren. Ein Artikel in der nächsten Nummer wird Sie darüber informieren.

++ redaktionelles ++ redak

Apropos Nestlé

In der Julinummer des letzten Jahres veröffentlichte «das konzept» einen längeren Artikel, der sich mit den Auswirkungen der Verkäufe von künstlicher Babynahrung in den Entwicklungsländern befasste. In diesem Artikel, der weitgehend aus einer Publikation der Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungpolitik (SAFEP) übernommen war, wurde insbesondere die Firma Nestlé, die an den Verkäufen solcher Produkte in der dritten Welt den Löwenanteil hat, kritisiert. Im Januar 1975 erreichte die Redaktion die Nachricht von einer Strafklage gegen Unbekannt, die Nestlé wegen des genannten Artikels beim Bezirksgericht Zürich eingereicht hatte. Nestlé sah sich durch gewisse Passagen des Artikels in ihrer Ehre verletzt.

Anlässlich der ersten Zeugeneinvernahme gab die Redaktion ihrem Befremden darüber Ausdruck, dass die Nestlé gleich den prozessualen Weg beschritten hatte, ohne sie vorher um eine Berichtigung allfälliger Fehlinformationen anzugehen. Nestlé bot daraufhin einen Vergleich an, der jedoch nach der Beurteilung der Vereinsversammlung des Herausgebervereins «das konzept» über die Berichtigung rein inhaltlicher Fehler hinausging. Deshalb beauftragte die Versammlung die Redaktion, den Vergleich in der von Nestlé vorgelegten Form zurückzuweisen. Die Auseinandersetzung wird nun – so Nestlé ihre Klage nicht zurückzieht – vor dem Gericht stattfinden müssen, wo die Autoren des Artikels den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen antreten werden.

Redaktion «das konzept»

das konzept

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETH Z).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏(01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss Nr. 3: 28.2.75
Inseratenschluss: 7.3.75

«. . . zerreisst eure Ketten»

Seit die Unesco das Jahr 1975 zum Internationalen Jahr der Frau erklärt hat – 1975 ist übrigens auch das Jahr des Denkmalschutzes –, kann man keine Zeitung, keine Zeitschrift, kein noch so mieses Blättchen mehr aufschlagen, ohne mit Frauenproblemen konfrontiert zu werden. Und es sollte mich nicht wundern, wenn auch die Verleger noch kräftig in das Geschäft mit der unterdrückten Frau einsteigen würden. Die Modebranche hat es ja bereits getan: Wie sie einst den Salon-Hippie mit dekorativ verblichenen Jeans belieferte, so hält sie jetzt für die aus dem Rollenzwang des Sexidols ausgestiegene und vom BH befreite Frau Schlampiges in dezenten Erdtönen bereit – wohlgemerkt zu saftigen Preisen.

Versucht man nach Ablauf des ersten Monats so etwas wie eine Bilanz zu ziehen, so kann man nur sagen: Es herrscht Ratlosigkeit, und von der vielbesungenen Solidarität des weiblichen Geschlechts ist ungefähr so viel zu spüren wie – Syndrom der Unterdrückung? – von derjenigen der Arbeiterschaft. Kaum hatte die Unesco das Jahr proklamiert, so meldete – wie könnte es anders sein – *Esther Vilar* in New York ihren Protest an; kaum war in Deutschland ein Kuratorium zum Internationalen Jahr der Frau gegründet worden, erklärten Frauengruppen es für nicht repräsentativ; während die Offiziellen am Berner Frauenkongress über Partnerschaft diskutierten, forderten die Inoffiziellen in Gäbelbach das Recht auf den eigenen Bauch, und während an der Zürcher Ausstellung *«Frauen sehen Frauen»* der Ruf erschallt: *«Frauen, zerreist eure Ketten!»*, beginnt die Annabelle mit dem Vorabdruck eines Buches mit dem Titel *«Das Fiasko»*, dessen Autorin die Schwedin *Maria Scherer*, die These vertritt, dass die männliche Vormachtstellung hormonal bedingt und demnach naturgewollt sei. Und um die Verwirrung vollkommen zu machen, geht da nun auch noch einer hin und gründet einen *«Men's Liberation Club»* für die Schweiz.

Wer hat nun recht? *Germaine Greer* mit ihrem unterdrückten, vom Manne abhängigen *«Weiblichen Eunuch»* oder *Esther Vilar* mit ihrem vom angeblich schwachen Geschlecht ausgebeuteten *«Dressierten Mann?»* Die Veranstalterinnen der Zürcher Frauenausstellung mit ihren Parolen vom Heimchen am Herd, von Sexobjekt und Hauskuh oder der bis anhin unbekannte *Edgar Schuhmacher* mit seinem Männerklub und seinen Forderungen nach gleichen Rechten und Pflichten, jedoch unangetasteter Dominanz des Mannes? Wie gesagt, es herrscht Ratlosigkeit, hüben und drüben, und wenn es schon die Frauen nicht wissen, wie sollen dann erst die Männer klarkommen? Sind sie nun das Opfer einer raffinierten Prostituierten, wie Esther Vilar es ihnen weiszumachen versucht, oder haben sie die ihnen Angetraute zum willenlosen Lustobjekt degradiert, wie «Womens Lib» es ihnen vorwirft?

Ein Blick in die (schweizerische) Gesetzgebung bringt da schon eher Klarheit: Gesetzlich verankert ist weder die allgemeine Gleichberechtigung der Geschlechter noch das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gesetzlich verankert ist weder der Schwangerschaftsabbruch noch der Mutterschaftsurlaub, dafür das Recht des Mannes, darüber zu bestimmen, ob die Ehefrau arbeiten geht oder nicht, ganz zu schweigen davon, dass die verheiratete Frau weder ihren Wohnsitz frei wählen noch Verträge abschliessen oder Konti eröffnen darf, und während man der Hausfrau und Mutter noch kräftig ihre Rolle vermiest, werden im Zuge der allgemeinen Regression bereits die ersten Töne laut, wonach die berufstätigen Frauen vermutlich zu den ersten Opfern der rücklaufigen Bilanzen gehören werden. Da gibt es dann nur das Zurück zum Herd und zu den Windeln, das Zurück zur weiblichen Bestimmung, von der nicht nur zurückgebliebene Männer faseln.

So viel zu den Rechten. Und wie steht es mit den Pflichten, auf die es dem schweizerischen Männerbefreiungsklub wohl in erster Linie ankommt? Auch hier sind wir von Gleichberechtigung noch weit entfernt. Für beide Teile gilt zwar die Pflicht zum ehelichen Beischlaf sowie die Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung im Fall von Krankheit oder Invalidität; dem Mann allein aufgebürdet wird dagegen die Pflicht zur Ernährung der Familie sowie zur Unterhaltszahlung an Frau und Kinder im Fall einer Scheidung. Hier spukt noch immer die Legende vom schwachen Geschlecht durch die Köpfe der Gesetzgeber und Richter, und das schwache Geschlecht weiss diese Legende in der Regel weidlich auszunützen. Oder hat man schon einmal von einer Frau gehört, die Mann und Kinder sitzen lässt und dafür Alimente bezahlt? Der Fall ist im Gesetz nicht vorgesehen. Und warum nicht? Weil sie so etwas Niederträchtiges niemals tun würde oder weil sie zum Zahlen von Alimenten nicht fähig wäre? Das war einmal. Heute trifft es nur noch bedingt zu, und ich meine, es stünde den Frauenorganisationen, vorab den progressiven, nicht schlecht an, bei allen – zugegeben: gerechtfertigten – Forderungen nach gleichen Rechten auch einmal von den Pflichten zu reden und sich zu fragen, ob nicht vielleicht die Frau in manchen Dingen aus dem Mythos vom schwachen Geschlecht auch ihren Profit zieht. Das Raffinierte an der herrschenden Gesellschaftsordnung besteht ja gerade darin, dass die Vormachtstellung des Mannes nicht nur auf einem Mehr an Rechten, sondern auch auf einem Mehr an Pflichten basiert. Und solange der Gesellschaft diese Pflichten heilig sind, werden ihr auch die Rechte heilig sein. Solange sie eisern daran festhält, dass es der Mann ist, der die Familie ernähren können muss, wird auf Erziehung und Ausbildung der Jungen mehr Wert gelegt als auf diejenige der Mädchen, solange man dem Mann allein die Ernäher- und Beschützerrolle aufbürdet, wird auch seine Arbeit besser bezahlt sein als diejenige der Frau, und folglich wird auch jeder Betrieb darauf bedacht sein, *seine* Stelle und nicht diejenige der «Zweitverdienerin» zu erhalten. Solange wir den Männern – aus mangelndem Selbstvertrauen oder Faulheit – diesen Trumpf in den Händen lassen, wird es mit der Gleichberechtigung der Frau nicht weit her sein.

Klara Obermüller

Spots

Nordafrikaner (Algerier und derartige) scheinen einen besonderen Körperbau zu haben; mindestens haben sie das Herz weit unten in der Hose. Wie sonst ist es zu erklären, dass jener Zürcher Kantonspolizist, der einen Algerier zwecks Identitätsfindung zu einem Freund begleitete, beim Fluchtversuch des Algeriers, der unbewaffnet war, diesen mitten ins Herz traf? Wo doch nach Dienstvorschrift auf die Beine gezielt und die Flucht verhindert werden soll!

*

Bei der Berichterstattung über diesen Vorfall fällt auf, wie wichtig – sie wird immer wiederholt – die Feststellung ist, es handle sich um einen Algerier. Nicht etwa um einen Schweizer. Nein!

*

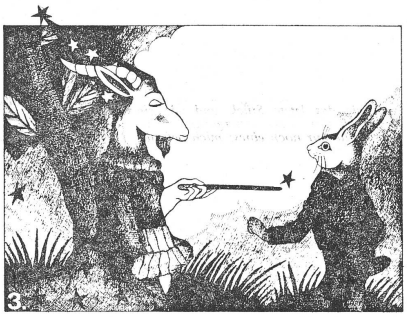
Vielleicht aber, wir wagen es nicht zu behaupten, hängt das Verhalten des Polizisten einem wehrlosen, unbewaffneten Ausländer gegenüber mit der Ausbildung des Polizisten zusammen. In der BRD heisst es in einem einschlägigen Polizeilehrbuch zum Thema Gebrauch der Schusswaffe: «Humanes Rücksichtnehmen ist nicht am Platz. Der erste Treffer zählt.» Nur mit «Killerinstinkt» könne man als «Gunfighter» Erfolg haben. Nur durch «Unschädlichmachen des Gegners» bleibe man «erfolgreich». Der bessere Schütze werde jener sein, «der zuerst beschliesst, den anderen zu töten, und nach diesem Entschluss sofort die Waffe zieht und schiesst». Aber eben: was, wenn der andere gar keine solche hat?

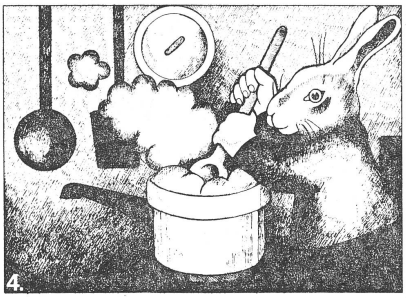
*

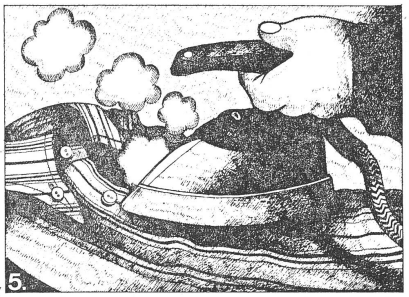
In Spanien sind elf Priester verurteilt worden, weil sie «arbeiterfreundliche» Predigten gehalten haben. Sie hätten damit, heisst es in der offiziellen Begründung, «fundamentale Prinzipien und Strukturen des Staates» angegriffen. Nun gut, einige haben es schon seit je gewusst, aber jetzt haben sie's offiziell: Das Prinzip der spanischen Diktatur beruht auf ihrer Arbeiterfeindlichkeit!

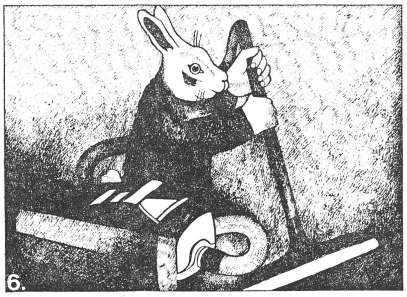
*

Wenn «NZZ»-Chefredaktor Fred Luchsinger die «Ungeheuerlichkeit» der Berliner Mauer in Erinnerung ruft, so ist dies «wie ein zeitwidriger Schlachtruf, wie die Haltung eines japanischen Soldaten, der zwanzig Jahre nach Kriegsende irgendwo im Urwald des indonesischen Inselreichs allein weiterkämpft». Zumindest nach einem geheimen Papier der EMD-Dienststelle «Heer und Haus». Natürlich «nur für dienstlichen Gebrauch».









1. Es waren einmal ein Hasenknabe und ein Hasenmädchen. Der Knabe spielte Fussball. Das Mädchen schaute zu und fragte schliesslich: «Darf ich auch mitspielen?»
2. «Nein, ein Mädchen spielt nicht Fussball», erwiderte der Knabe. Das Mädchen begann zu weinen. «Typisch, Mädchen weinen immer», sprach hierauf der Knabe.
3. Da erschien ein Zauberer und sprach zum Knaben: «Ich verwandle dich in ein Mädchen.»
4. Und der Knabe glaubte von da an, er sei ein Mädchen, und begann zu kochen,
5. bügelte die Hemden
6. und reinigte die Wohnung. Und er tat dies alles tadellos.
7. Da fing der Zauberer an zu lachen. Er lachte und lachte und sprach zum Knaben: «Du bist ja gar kein Mädchen. Ich kann nämlich gar nicht zaubern. Aber wie ich sehe, kannst du genauso gut kochen und bügeln und putzen wie ein Mädchen. Warum sollte ein Mädchen nicht genauso gut Fussball spielen können wie du?»

GE-PRESST

dritte welt

◀ Pro Kopf der Bevölkerung leistete die Schweiz in den Jahren 1970 bis 1973 durchschnittlich *30 Franken Entwicklungshilfe*. Demgegenüber beliefen sich die schweizerischen Exporte in Entwicklungsländer 1972 auf *849 Franken* pro Kopf. Auf einen «gespendeten» Franken kamen also 28.30 Franken zurück.

◀ Die *Aussenverschuldung* der Länder der dritten Welt ist zwischen 1961 und 1971 von 21,6 Mrd. Dollar auf 79,2 Mrd. Dollar gestiegen.

◀ Mindestens 5 Mio. Wohnungen für Leute in bescheidenen Verhältnissen hätte die *Nationale Wohnbank* (BNH) in *Brasilien* in den letzten 10 Jahren finanzieren müssen. Nur 1,2 Mio. Wohnungen wurden hergestellt, wovon 80% Luxus- oder Mittelklasswohnungen. An den Aufträgen der BNH saniert haben sich die Grundstückmakler, Bauunternehmer, Privatbanken, Präfekten. Und das Volk?

◀ Inflation in *Chile: 22mal teurer* ist innert der letzten 12 Monate der für das Existenzminimum notwendige Brotkorb geworden (Milch 22mal, Zucker 29mal, Huhn 44mal). Wenn im September 73 einem zum Minimallohn angestellten Staatsbeamten für den Brotkonsum seiner vierköpfigen Familie 9% seines Einkommens genügten, so musste er Ende 74 über 22% dafür aufwenden.

bildung/forschung

∅ Nur 35 Stimmen erhielt im Zürcher Kantonsrat eine Einzelinitiative zur Abschaffung des Lateinobligatoriums für Juristen an der Uni ZH. Eine Volksabstimmung zu dieser Frage wird somit nicht stattfinden.

∅ 87,5% von insgesamt 16 088 befragten Eltern im Kanton BL sind zur Sexualerziehung in der Schule positiv eingestellt.

∅ Im Kanton BS gehörten 1974 70% der Primarschülereltern, aber nur 45,3% der Progymnasiasteneltern der Arbeiter- und Angestelltenschicht an. Die Oberschichtkinder (Anteil an der Gesamtkinderzahl 10,6%) stellten fast die Hälfte der Kandidaten auf die A-Matur. In den Sonderklassen waren hingegen nur 21 von insgesamt 1263 Kindern aus dem oberen Kader.

∅ Das Gespenst einer «marxistischen Gegenuniversität» malte der freisinnige Winterthurer Geschichtslehrer Martin Haas kürzlich im Zürcher Kantonsrat an die Wand. Dem Interpellanten waren vor allem selbständige studentische Arbeitsgruppen und kritische Interventionen von Studenten in Vorlesungen und Seminarien ein Dorn im Auge.

Was im März du erfährst, davon lange dich nährst.

Erfahren auch Sie, was «das konzept» im März zu berichten hat. Bestellen Sie bereits jetzt Ihre Nummer mit dem Talon in dieser Ausgabe.

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Ihre Befürchtungen sind unbegründet, liebe Frau *R. P.* in *Z.*, wird doch die sogenannte *Haemmerli-Narkose* auch weiterhin an schweizerischen Spitälern zur vollen Zufriedenheit der Beteiligten praktiziert. Allerdings ist sie mitnichten kostenlos, wie Sie offenbar meinen – schliesslich ist Pestalozzi längst gestorben. Im schlimmsten Fall dürfte sie etwa einen Kopf kosten. Sie wissen ja: Was nichts kostet, ist nichts wert.

*

Herr *E. W.* in *X.* Leider kann ich Ihre Ratschläge zum Stromsparen hier nicht publizieren. Sind sind zwar sicher gut gemeint, zielen aber an der Realität vorbei, die durch die vorgesehene lineare Kürzung im Fall allfälliger Stromrationierung geschaffen worden ist. Das Motto heisst nun: *«Verschwende in der Zeit, so hast du in der Not!»* So lasse ich beispielsweise immer, wenn ich meine Briefkasten-Antworten geschrieben habe, die Schreibtischlampe eine Stunde länger brennen. Dergestalt ist mir Gewähr geboten, dass ich beim Niederschreiben meiner Geistesblitze auch auf äussere Erleuchtungen nicht verzichten muss, falls dereinst – was der heilige Willibald verhüten möge – eine solche Stromrationierung wirksam würde.

DISSERTATIONEN
druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.30
100	3.45
150	3.65
200	3.80
300	4.25

Frachtverbilligung
Raster billigst!
Angebot anfordern

Unsere Abonnenten sind unsere Stärke. Könnten Sie nicht auch etwas für unsere Stärkung tun? Na also . . . Und: besten Dank!

Soziologie

Bergler, Reinhold
Prof. Dr. phil., Bonn (Herausgeber)

Das Eindrucksdifferential
Theorie und Technik

1975. 248 Seiten, 20 Abbildungen, 5 Tabellen, flexibler Einband Fr. 21.–
Wissenschaftliches Taschenbuch

Nach einer Erörterung des psycholinguistischen Bezugssystems für die quantitative Erfassung von Bedeutung wird die Technik des Eindrucksdifferentials behandelt. Die einzelnen Beiträge befassen sich mit den formalen und informalen Problemen dieser Technik. Die in der praktischen Arbeit mit diesem Messinstrument anfallenden Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten stehen im Mittelpunkt; im einzelnen sind dies: Konstruktion des Instruments (mit einem Beispiel), Datenanalyse sowie die Verwendung des Eindrucksdifferentials in der Einstellungsforschung.

Heintz, Peter
Prof. Dr. phil., Zürich

Die Zukunft der Entwicklung

Unter Mitarbeit von Suzanne Heintz. Erweiterte und ergänzte Ausgabe der englischen Version «The Future of Development». 1974. 187 Seiten, 11 Abbildungen, 50 Tabellen, kartoniert Fr. 26.–
Dieses Buch befasst sich mit der Struktur des internationalen Systems und seinen Veränderungen. Gegenstand ist die Zukunft der Entwicklung im Sinne eines komplexen sozialen Wertes, der allen Nationen gemeinsam ist. Die Antworten, teilweise hypothetisch gegeben, teilweise auf empirischen Untersuchungen basierend, die mit Hilfe eines Modelles, das die Struktur des internationalen Systems darstellt, durchgeführt wurden, zeigen, dass die Zukunft der Weltgesellschaft niemanden gleichgültig lassen kann.

Verlag Hans Huber

das konzept Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugestellt werden.

Leserzeitung
In einer Auflage von 40 000 Exemplaren ist am 13. Februar in Winterthur die erste Nummer der neuen «*Leserzeitung*» erschienen. Einzigartig an dieser Zeitung ist, dass sie den Abonnenten gehört, die auch die Mehrheit der Redaktion wählen. Rund 40 Journalisten arbeiten in der Startphase unentgeltlich mit. Das Projekt kann nur überleben, wenn mindestens 5800 Abonnenten gewonnen werden können (50 Fr. für zirka ein Jahr) und 1000 Exemplare am Kiosk verkauft werden (3 Fr.). Bestellungen bei «Leserzeitung», Postfach 161, 8021 Zürich.

Trotzdem erschienen!

Die zweite CETIM-Studie ist – dem versuchten Informationsboykott zum Trotz (vgl. konzept 10/74) – erschienen. Dieser «*Beitrag zur Auseinandersetzung um die schweizerische Verantwortung am Rassismus in Südafrika*» (Untertitel) ist ausserordentlich reich an neuesten Informationen und trotzdem flüssig und übersichtlich geschrieben. Die Vollständigkeit der Informationen erlaubt besser als die sporadische Presseberichterstattung einen guten Überblick über die Ereignisse der letzten zwei Jahre.

Zunächst wird der Leser über die Reaktionen in der Schweiz auf die erste CETIM-Studie, die neuesten Rassenauseinandersetzungen in Südafrika und die Entwicklung der schweizerischen Beziehungen zu Südafrika informiert. Überraschend sind dann die Einzelheiten über den effizienten Propagandaapparat Südafrikas in der Schweiz. Schliesslich wird gezeigt, wer sich hierzulande überhaupt um Rassismus kümmert, wer noch nicht Stellung bezogen hat und wen dieses Interesse offenbar stört. Einige ausführliche Thesen zum Thema Privatinvestitionen in Südafrika und die Darstellung einiger praktischer Beispiele politischer Aktionen wollen abschliessend dazu beitragen, die Diskussionen zu vertiefen und zu verbreitern.

Zusammengefasst: ein gutes Beispiel *praktischer* politischer Ökonomie. *Be*

Die Welt der Ausbildung
Eine neue Zeitschrift für Fragen der Erziehung wird in Frankreich vom «*Le monde*»-Verlag herausgegeben. «*Le monde de l'éducation*», wie die monatlich erscheinende Zeitschrift heisst, befasst sich mit Erziehung im weitesten Sinn. Sie versucht, dem komplexen und diversifizierten System Ausbildung gerecht zu werden. Dabei befasst sie sich nicht nur mit den Verhältnissen in Frankreich, sondern auch mit denjenigen in anderen Ländern. Bisher sind zwei Nummern erschienen. Preis 5 fFr.

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Papier ist wertvoll. Tun auch Sie etwas für den Umweltschutz, indem Sie «das konzept» nicht wegwerfen, sondern an eine(n) Bekannte(n) weitergeben. Wer weiss, vielleicht ist er Ihnen dankbar, eine neue Zeitung entdeckt zu haben . . .

Bei Nachbestellung von alten Nummern bitte Fr. 1.50 in Briefmarken beilegen.

Bezirksschulverwaltung Schwyz

Wir suchen für unsere Sekundarschulen in

Brunnen
Schwyz
Steinen

Sekundarlehrer(innen)
phil. I und II

Besoldung nach neuer kantonaler Verordnung plus Teuerungszulagen und Ortszulagen. Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind erbeten an die Bezirksschulverwaltung des Bezirks Schwyz, Herrn Kaspar Hürlimann, Bezirksschulverwalter, 6410 Goldau SZ, Telefon Büro (043) 21 20 38, Privat (041) 82 10 95.

treff punkt

Akad. 29, in Graubünden, sucht interessante, **gefühlvolle Freundin** bis ca. 40, zu gelegentlicher Gemeinsamkeit in Liebe, Diskutieren, Filme ansehen usw. Zuschriften bitte unter Chiffre 8112, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 25/190 sucht hübsche, schlanke, intelligente, feinfühlende, **weltoffene Partnerin**, die sich selber (und andern) etwas zutraut. Bildzuschriften an Chiffre 8113, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FR – BE junger Student freut sich auf Zuschriften von **gleichgesinnten Freunden.** Jeder Brief wird diskret und sofort beantwortet. Chiffre 8110, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Welche **erfahrene oder unerfahrene** hübsche Eva hilft mir meine Sex-Verklemmtheit überwinden. Sonst aktiver, gutaussehender Student! Schreib mir bitte (mit Foto) an: Chiffre 8114, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern: **homophiler Student,** 22, sucht jungen, sportlichen Freund zu gemeinsamer, persönlicher und gesellschaftlicher Emanzipation. Chiffre 7920, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Junger Philanthrop ist in der Lage, einem minderbemittelten Studenten finanz. behilflich zu sein (Stipendium). Nette Menschen schreiben, evtl. mit Bild, unter Chiffre 7906, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FR oder BE. Student sucht **liebevollen Freund** zum Aufbau einer Freundschaft. Jede Bildzuschrift wird diskret beantwortet. Chiffre 7905, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Boy, 24/181, freut sich auf einen sympathischen, aufrichtigen Freund (–25) zum Aufbau einer echten Freundschaft. Jede Bildzuschrift wird diskret beantwortet. Chiffre 7904, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern: Ingenieur, 29/180, sensibel, mit vielen kulturellen Interessen, sucht eine attraktive, aufgeschlossene, homophile, weibliche Partnerin, zum Aufbau einer festen Beziehung. Chiffre 7891, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Für den Aufbau einer intensiven Partnerschaft wird **emanzipierte Frau** gesucht, von vielseitig interessiertem Arbeiter, 29/171. Chiffre 7890, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

In **Wohngemeinschaft** bei Basel (4 Erwachsene, 2 Kinder, 4- und 5jährig) gibt es auf Frühjahr 75 Platz für 1–2 Personen mit Kind, gemeinsame Kindererziehung. Tel. (061) 63 13 14.

4 Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschule *Prag* suchen *Briefkontakt* zu deutschsprachigen Studenten. Vlasta Chmelíčková, Jarka Smejkalová, Věra Kalistová und Jana Jůzlová, Strojnická 7, C-17000 Praha 7, CSSR.

LU oder Chur, Student 20/175, sucht **liebevollen,** sensiblen Freund, bis 23 J. Diskretion erwünscht. Bildzuschriften an Chiffre 8111, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

TG: Student, 22/182, unerfahren, sucht erfahrene Sie (19–40), die Ihn **in die Kunst der Liebe** einführt. Bildzuschrift bitte an Chiffre 8051, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gruppensex-**Party-Interessentinnen** und **-Interessenten,** meldet Euch! Volle Diskretion! Kurzvorstellung mit (Ganzbild) – Foto an Chiffre 8038, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Ein Moritz (23) **sucht einen Max** (23–24) Zuschriften bitte an Chiffre 8052 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich plane **eine Skandinavienreise** für anfangs Sommer, mit Auto oder Bahn/Velo. Machst Du mit? Paul Edel, Clausiusstr. 68, 8006 Zürich. Tel. 01/32 33 58.

BS: **Sich einsam fühlender** Medizinstudent 25/175 sucht liebes Mädchen zum Verbringen der Freizeit. Hobbies: diskutieren, Natur, Kultur, Reisen. Dein Brieflein erreicht mich unter Chiffre 7971, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Jus-Student sucht tolerante, **aufgeschlossene Partnerin,** die mit ihm zusammen das Leben entdecken möchte. Jede Zuschrift, mit oder ohne Bild, wird beantwortet. Chiffre 7979 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Akademiker 36/190 wünscht sich **jugendlichen Freund** für Ferien im August. Ziel noch unbestimmt, ca. 4 Wochen. Eventuell Dauerfreundschaft. Chiffre 8015 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Student, 22/178 möchte ein hübsches, **unternehmungslustiges Girl** kennenlernen, zum Plauschen, Plaudern und Liebhaben. Schreibe mir bitte unter Chiffre 7947 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wer im März muss verzichten, schlemmt im Sommer mitnichten.

«das konzept» wird Sie dieses Jahr auch im März mit fundierter Information und kritischen Kommentaren versorgen. Sorgen Sie vor! Bestellen Sie die März-Nummer von «das konzept» schon heute mit dem Talon in dieser Nummer.

● **Skiferien im Bauernhaus:** Gruppen von 6 bis 10 Personen finden in **Lenk im Simmental** einfache, aber preiswerte Unterkunft (von «konzept»-Redaktion getestet) im Haus von jungen, kontaktfreudigen Einheimischen. Anfragen an: Marmet, im Brand, 3775 Lenk, Tel. (030) 3 13 27.

treff punkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept›» bzw. «Kleininserat ‹das konzept›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) Kleininserat* (Fr. 12.–) *Nichtzutr. streichen

Name und Adresse:

Die SGJ verlangt ein Reklameverbot für Alkohol und Tabak

Die Schweizer Guttempler-Jugend (SGJ) verlangt in einer eidgenössischen Volksinitiative ein Reklameverbot für alkoholische Getränke und Tabakwaren. Die SGJ betrachtet ein solches Verbot als Selbstverständlichkeit und wendet sich energisch gegen jene Kreise, bei denen Volksgesundheit, wenn überhaupt, dann nur im Schatten ihres privaten Profites steht. ■

- **Rauchen fördert den Lungenkrebs**
- **trotzdem ist Zigarettenreklame in der Schweiz nach wie vor erlaubt**
- **Alkohol ist in der Schweiz die Droge Nr. 1**
- **130 000 Alkoholkranke**
- **4000 Alkoholtote pro Jahr**
- **trotzdem ist Alkoholwerbung in der Schweiz nach wie vor erlaubt**

Ein Reklameverbot für Suchtmittel ist für uns eine Selbstverständlichkeit

Wer für gesundheitsschädigende Mittel Reklame macht, wer versucht, die Kinder schon im Schulalter mit millionenschwerer Propaganda zur Sucht zu verführen, gehört nicht zu unseren Freunden. Ein Reklameverbot für Suchtmittel ist ein Beitrag zur Bekämpfung dieses Drogenproblems. Wenn die Reklame- und Propaganda-Herren Farner, Däniker und Broger über Freiheit sprechen, dann meinen sie die ihrige.

Wer ist die SGJ?

Die Schweizer Guttempler-Jugend (SGJ) ist eine parteipolitisch und konfessionell unabhängige Organisation. Grenzen sind für uns nicht von Bedeutung. Guttempler gibt es auf der ganzen Welt, übrigens **mehr als eine Million.** Das Drogenproblem ist uns wichtig, wichtiger ist uns jedoch eine weltweite Solidarität. Deshalb betreiben Guttempler eine aktive Entwicklungszusammenarbeit: Entwicklungshilfe für Afrika und Asien, aber auch für die Schweiz: z. B. mit Massnahmen gegen die Profitinteressen der Suchtmittelindustrie.

Liebe SGJ! Ich finde Eure Initiative eine gute Idee.

☐ Schickt mir bitte . . . Unterschriftenbogen
☐ Ich möchte mit Euch zusammenarbeiten.
☐ Ich möchte ein bisschen mehr über Euch erfahren.

Name: Vorname:
Strasse:
PLZ: Ort:
Alter (fakultativ):

einsenden an SGJ, Postfach 45, 4016 Basel.

Schweizer Guttempler-Jugend (SGJ)

Postfach 45, 4016 Basel Tel. (061) 39 23 09 (Postcheckkonto 80-48750 Horgen)

Ursachen und Folgen der wirtschaftlichen Flaute

Den Kleinen an den Kragen

Wirtschaftliches Gleichgewicht ist ein schöner Traum, und in einem dezentralisierten, privatwirtschaftlichen System bleibt es der reinen Theorie als Ausgangspunkt vorbehalten. In Wirklichkeit ist Entwicklung, Wandel das Normale, und wenn Politiker und Wirtschaftsleute sich ob des «Wandels der Zeit» erstaunt geben, offenbaren sie das Ausmass ihrer Beeinflussung durch die Gleichgewichtsbetrachtungen. Mindestens ein Faktor ist immer auszumachen, der Unruhe stiftet. Das Einzigartige an der heutigen Wirtschaftslage ist das gleichzeitige Wirken mehrerer Störungen in die gleiche Richtung. Fünf solche Ursachen der gegenwärtigen Flaute in der Weltwirtschaft stehen im Vordergrund, nämlich Überproduktion, Rohstoffverteuerung, Inflation, Unterkonsumtion und die Produktivitätsentwicklung.

Beat Kappeler

Überproduktion

Die Krise hat sich am deutlichsten in der *Autoindustrie* und beim *Bau* gezeigt. Obwohl die Einflüsse anderer Faktoren, wie der Energieverteuerung, nicht auszuschliessen sind, hat *sich in vielen Ländern die Versorgung mit Autos und Wohnungen einer Sättigungsgrenze genähert.* In der Schweiz fiel der Autoabsatz schon im Halbjahr vor der Ölkrise zurück, und wenn auch 1973 das beste Modelljahr der amerikanischen Autoindustrie seit je war, so konnte der Ausstoss gerade deswegen kaum lange in diesem Rhythmus weitergehen. Das Auto hat als Produktions- und Konsummuster das zweite Drittel des 20. Jahrhunderts geprägt, so wie die Eisenbahn das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts, Elektrizität und Chemie das erste Drittel des 20. Jahrhunderts geprägt hatten. Das letzte Drittel oder Viertel dieses Jahrhunderts wird vielleicht von einem Aufschwung der Kommunikationsmittel, sicher aber nicht mehr von der Autoindustrie dominiert werden. Diese sich anbahnende Umstellung greift natürlich tief in alle Wirtschaftsbranchen ein und *führt im Übergang zu Überproduktionen.* Die Bauindustrie ihrerseits beruhte in den entwickelten Staaten auf einer nunmehr abgeschlossenen Entwicklung. Die Nachkriegszeit hatte mit der Vollindustrialisierung Europas und der USA die Landwirtschaft fast überall mehr als halbiert, was zu einer massiven Binnenwanderung und damit zu einem Neubau der Wohnungs- und Infrastrukturzentren geführt hatte. Die Fremdarbeiterströme unterstrichen diese Neugewichtung noch weiter. Nunmehr aber dürfte die Landflucht aus den Randgebieten Europas und aus der Landwirtschaft zurückgehen, was zusammen mit dem wahrscheinlichen Rückgang im Strassenbau den Bausektor zu kleinerer Produktion zwingen wird.

Der Rückgang an Raumbedarf gilt natürlich nur unter der gegenwärtigen Einkommenshöhe und Einkommensverteilung. Es ist unbestreitbar, dass viele Familien grössere Wohnungen wünschten, wenn sie über mehr Geld verfügten. Die drohende Überproduktion in den mit Auto und Bau verbundenen Branchen hat aber höchstens in der Bauindustrie zu fallenden Preisen geführt, da die zersplitterten Unternehmer unter solchen Umständen wieder in Wettbewerb treten. In der Autoindustrie und ihren Zulieferbranchen können dagegen die konzentrierten Grossgruppen die bei schlechterer Kapazitätsausnützung steigenden festen Kosten in höheren Preisen überwälzen. *Fiat,* mit über 300 000 Autos auf der Halde, hat die Preise seit einem Jahr um mehr als 30% erhöht. Die von den amerikanischen Autoriesen angebotenen Kaufrabatte heben die frühern Preiserhöhungen nicht auf. Die *Alusuisse* teilte Anfang Februar mit, wegen Absatzeinbussen im Bau- und Autosektor reduziere sie den Ausstoss um 15%. Wie in der Flaute zu Beginn der siebziger Jahre wird sie dabei den Preis in der Schweiz dank dem Kartell nicht zu senken haben. Je *mehr monopolisierte Branchen sich so verhalten, um so weniger kann sich die Überproduktion selbst heilen, weil die Kaufkraft nicht durch sinkende Preise angekurbelt wird.*

Rohstoffverteuerung

Die Gleichzeitigkeit der gegenwärtigen Krisensymptome mit der Rohstoffkrise lässt oftmals die Krisenerklärungen allzu einfach geraten. Die Inflation lief schon bei Ausbruch der Ölkrise auf ungewohnten Höhen. Die Verflachung der Baukonjunktur konnten Hellhörige schon damals vorausahnen. Zudem war das Jahr 1973 ein Boomjahr, das den *OECD-Ländern* im Durchschnitt ein Wachstum von 6,5% gebracht hatte. Dieser Riesenwuchs entfachte eine gewaltige Spekulation auf den Rohstoffmärkten, die aber seither in sich zusammenfiel und wieder stark sinkende Preise brachte. Das heutige Wellental war also schon 1973 unvermeidlich.

Beim Öl hatte die amerikanische Aufhebung der Importbeschränkungen für Erdöl im Frühjahr 1973 (Monate vor der «Ölkrise») einen unvergleichlich stärkeren Verknappungseffekt zur Folge als das große Ölembargo. Die Preissteigerungen konnten dank diesem Signal einfach besser durchgedrückt werden. Da sie, wie Abbildung 1 zeigt, eine Reaktion auf die zwanzigjährige vorherige Steigerung der Industriegüterpreise war, kehrt der Wirtschaftler des *«Nouvel Observateur», François-Henri de Virieu,* die Argumentation sogar um: *«Nicht die Ölpreiserhöhung ist der Ursprung der gegenwärtigen Krise der kapitalistischen Welt. Sondern weil sich die Produzentenländer gezwungen sehen, die Güter in den Industrienationen immer teurer zu bezahlen, beschlossen sie, zu reagieren.»*

Diese Bemerkungen sollen nur die Alleinschuldthese von den Rohstoffpreisen wegnehmen, hingegen ist unbestreitbar, dass sie die Inflation noch erhöhten und durch Kaufkraftschmälerungen den Absatz und dann die Arbeitsplätze reduzierten.

Auf der Unternehmensseite dagegen blühte die Bewertung der Lager nach den neuen Rohstoffpreisen in den Jahresbilanzen den Gewinn übermässig auf. Ein grosser Teil der Unternehmensgewinne war daher schon für 1973 fiktiv und verbarg eine wesentlich verschlechterte wirtschaftliche Situation. Die amerikanischen Unternehmen gehen nun daran, die Lagerbewertungsmethoden auf die sogenannte *«LIFO»*-Methode umzustellen. Darnach berechnet man den Kostenwert des Lagers nach dem Preis der zuletzt noch gekauften Einheiten und nach dem Verkaufpreis, den die Produkte sofort auf dem Markt erzielen könnten (last in – first out = LIFO). Die Gewinne der amerikanischen Grossunternehmen wären dadurch letztes Jahr 17% tiefer gewesen, in Grossbritannien sogar um 60% tiefer. Die Firma Westinghouse Electric wies 24% weniger Gewinn aus, nachdem sie zur LIFO-Methode übergegangen war. Die strikte Abschreibung der Sachanlagen zu den inflationären Wiederbeschaffungspreisen hätte die Gewinne in den USA zusätzlich um 8% reduziert. Dafür steigt mit dieser Buchungsart der *Cashflow,* das heisst der globale Mittelfluss, statt des steuerbaren Gewinns, an.

Wenn auch die Rohstoffverteuerung mittels Kaufkraftbremsung beim Einzelkonsumenten die Krisensymptome fördert, hat sie doch auch die bereits vorher eingetretene Krise verschleiern helfen.

Inflation

Die rechnerisch bloss auf etwas über 3% zu veranschlagende Teuerung durch den Ölpreis (Beispiel Frankreichs) traf auf den bereits rasch fahrenden Inflationszug der siebziger Jahre. Die *säkulare Inflation ist in der Monopol- und Gruppenbildung, in der Vermachtung der westlichen Märkte seit 50 Jahren, wesentlich mitbegründet.* Da der Preiswettbewerb durch Kämpfe in Werbung, Produktgestaltung abgelöst oder durch paralleles Verhalten aufgehoben wurde, ergaben sich zwei wichtige Folgen:

- *Wie das Beispiel der Alusuisse unter vielen andern zeigt, senken die Firmen bei Absatzflauten die Produktion statt die Preise.* Damit wird eine Flaute chronisch, da weitere Absatzrückgänge erfolgen, die Kaufkraft nicht ansteigt und der Staat mit zusätzlicher Geldschöpfung das Nachfrageloch stopfen muss.
- Die zweite Folge liegt in der *Selbstfinanzierung.* Über die Preise kann ein Unternehmen die Gelder zur künftigen Expansion der Anlagen vom Konsumenten finanzieren lassen. Da aber die Gewerkschaften ihre Gruppenmacht spielen lassen können, um die Steigerung der Konsumentenpreise in Lohnerhöhungen umzumünzen, erfolgt vorerst keine Ersparnis, und die geplanten Investitionen wirken inflationär. Das gleiche gilt natürlich auch, wenn sie bei Vollbeschäftigung über Kreditexpansion finanziert werden. Die tatsächliche Ersparnis erfolgt dann im Konsumverzicht, den die Preissteigerungen dem Konsumenten vor der nächsten Lohnerhöhung zumuten. Die Abschreibung zu den höhern Wiederbeschaffungspreisen erlaubt dagegen den Firmen, ihren Produktionsapparat intakt über die Inflationsrunden zu bringen.

Zur *Krisenursache wird die Inflation durch die Inflationsbekämpfung.* Da 1973 Lohn- und Preiskontrollen in 14 Industrieländern versucht wurden und wenig nützten, schritt man zur Kreditverknappung und -verteuerung. Die *Kreditverknappung legte Arbeitsplätze still, die sonst schon durch Rohstoffhausse und Überproduktion gefährdet waren. Die Kreditverteuerung trieb ihrerseits die Preise wieder an, wie die Hypothekarpreiserhöhung in der Schweiz,* welche die Mieten im Herbst 1974 um 5,7% über den Frühjahrsstand steigen liess. Die *Kreditpolitik krankt daran, dass sie die erwähnte Ausschaltung der Konkurrenz in weiten Kreisen der Wirtschaft nicht zur Kenntnis nimmt. Denn gebremste Käufe wegen knapperen Krediten führen nicht zu Preissenkungen, und gestiegene Zinskosten werden einfach überwälzt.*

Unterkonsumtion

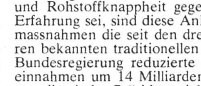
Die Detailhandelsumsätze stagnierten schon seit 1973 in mehreren Industrieländern. Wesentlicher Grund dafür dürften die abnehmenden verfügbaren Einkommen gewesen sein. Die Realeinkommen von 66% aller amerikanischen Beschäftigten betrugen letztes Jahr etwa *90 Punkte,* wenn man 1963 als *87 Punkte* setzt. Gegenüber 1973 war ein markanter Fall zu verzeichnen. *Andere Quellen schätzten die Realeinkommenseinbusse* in Amerika von *November 1973 bis November 1974 auf 6,2%.* Für die Schweiz sei die Kommission für Konjunkturfragen zitiert:

«Die Zunahme (der Lohnsätze) gegenüber dem Stand vor Jahresfrist bezifferte sich auf 10,5% gegenüber einer Steigerung des Index der Konsumentenpreise um 11,3%. Dementsprechend hat die Kaufkraft der Lohnsätze um 0,7% abgenommen.»

Das verfügbare Einkommen war aber *bedeutend kleiner, weil von den nominalen Lohnerhöhungen der grösste Teil dank der kalten Steuerprogression an den Staat gegangen war.* Für das Jahr 1975 wurden in der Bauwirtschaft weiterhum nur halbe Teuerungszulagen zugestanden. *Relative oder absolute Lohnkürzungen* fanden sich aber auch in andern Branchen. Die um sich greifende Kurzarbeit wirkt in die gleiche Richtung. *Der vom einzelnen Unternehmen betriebene Lohnabbau wirkt sich gesamtwirtschaftlich in erneuter Unterkonsumtion aus.* Auch hier muss der Staat die Irrationalität der einzelwirtschaftlichen Entscheidungen durch seine Konjunkturpolitik korrigieren.

Abbildung 2:
Mittleres Realeinkommen der amerikanischen Angestellten und Arbeiter (1)

In US-$ (Wert 1967) pro Woche



Wöchentliches Einkommen der Lohnempfänger (ausser Kader) des privaten Sektors ohne Landwirtschaft. Berechnet für einen Haushalt mit 2 Kindern.

(Quelle: U. S. Department of Commerce, Juli 74)

Produktivitätstrends

Die Vollindustrialisierung und Automatisierung hat in den letzten Jahren einige der letzten, bisher wenig erfassten Branchen erreicht, nämlich Textilindustrie und Schuhindustrie. Die Massenproduktion erforderte die Konzentration in immer grösseren Betriebseinheiten. Zugleich wurde in diesen und vielen weitern Branchen die Arbeit derart automatisiert, dass die Arbeitsplätze nach lohngünstigeren Ländern ausgelagert werden konnten. Die schweizerische Industrie hat in der Nachkriegszeit einen gewaltigen Arbeitsplatzexport betrieben, der von den einheimischen Multinationalen noch forciert werden dürfte, wenn der Frankenkurs längerfristig zu hoch bleibt. Die europäischen und amerikanischen Multinationalen machten die gleiche Bewegung mit.

Die nächste Branche, die wegen massiver technischer Produktivitätsfortschritte Arbeitskräfte massiv abstossen wird, dürfte die Uhrenindustrie sein.

Den Produktivitätsfortschritten in manchen Teilen der Industrie hängt aber der Dienstleistungssektor wie ein Klotz am Bein. Hier sind kaum Produktivitätsfortschritte möglich. Der Dienstleistungssektor dürfte in der Schweiz bereits gegen 45% der Beschäftigten aufweisen. Eine dreiprozentige Produktivitätssteigerung in der Industrie ist daher nur halb so gross im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, weil diese vermehrte reale Produktion auf die andere Hälfte der Beschäftigten mitverteilt werden muss. Die *Aufblähung dieses dritten Sektors wirkt also inflationär und entzieht der Güterproduktion Kräfte.*

Auf einem andern Blatt steht die in den Industriegesellschaften mangelnde Produktivität in der Energie- und Rohstoffverwendung. Die Billigpreise während zwei Jahrzehnten hatten zur gegenwärtigen Verschwendungswirtschaft eingeladen und nunmehr über die im Boom von 1973 überbordende Nachfrage die Preissteigerungen ausgelöst.

Spätestens hier dürfte klar werden, wie verbunden die fünf behandelten Einzelaspekte untereinander sind. Monokausale Krisenerklärungen haben kaum eine Chance, den Kern der Sache zu treffen. *Für die hin und wieder vertretene Meinung, die Krise sei zur Disziplinierung der Arbeiterschaft von den Unternehmen willentlich herbeigeführt worden, bleibt ebenfalls kein Raum. Man kann einen vermutlich herbeigewünschten Nebeneffekt der Krise nicht für ihre Ursache nehmen.*

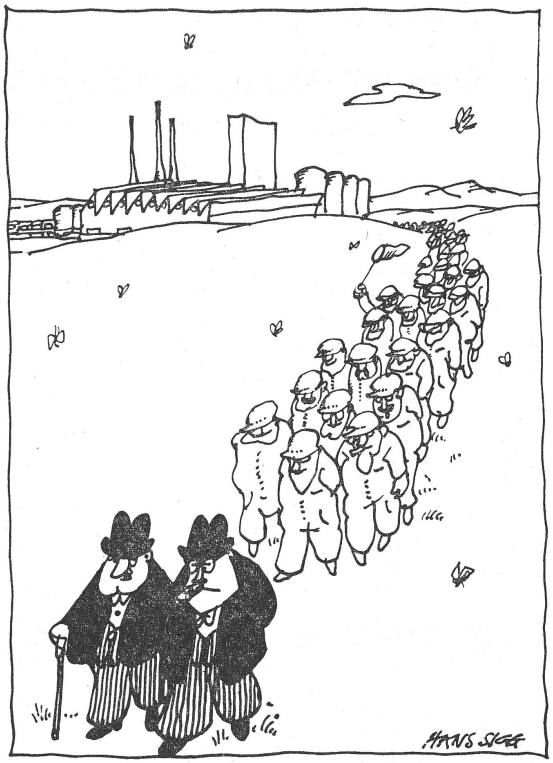
Krisenbekämpfung

Seit dem Spätherbst begannen die Industrieländer, die Krise anzugehen. Im Moment werden als Hauptmittel die *Krediterleichterungen* und *Krediverbilligungen* sowie *Steuersenkungen* eingesetzt. Obwohl alle Fachleute betonen, wie verschieden die gegenwärtige Mischung von Inflation, Arbeitslosigkeit und Rohstoffknappheit gegenüber aller Erfahrung sei, sind diese Ankurbelungsmassnahmen die seit den dreissiger Jahren bekannten traditionellen Mittel. Die Bundesregierung reduzierte die Steuereinnahmen um 14 Milliarden Mark, der amerikanische Präsident sieht ein Defizit von 50 Milliarden Dollar vor. Die deutsche Regierung richtet im weitern jedem investitionswilligen Unternehmer eine Investitionszulage von 7,5% des Betrags aus. Die Zinssenkungen und Krediterleichterungen werden ebenfalls die Unternehmen wieder zur Investition veranlassen.

Diese traditionelle Konjunkturpolitik hat bisher in den meisten Ländern auf angemessenere Entscheidungen verzichtet. Die Vermachtung der Wirtschaft bleibt ungeklärt, und der Kampf ums Sozialprodukt wird von den Gruppen zu Lasten der Preisstabilität weiter ausgetragen werden. Die Verschleisswirtschaft bezüglich der Rohstoffe wurde nicht begrenzt, sondern über das sozial höchst fragwürdige Spiel der Verteuerung soll sich der Verbrauch zugunsten jener einpendeln, die es sich immer noch leisten können.

Die Investitionen werden ausser in Frankreich nicht in einen Gesamtrahmenplan gestellt werden, so dass sich Verzerrungen, Krisen, produktivitätsbedingte Schliessungen und Umstellungen jederzeit unkontrolliert wiederholen

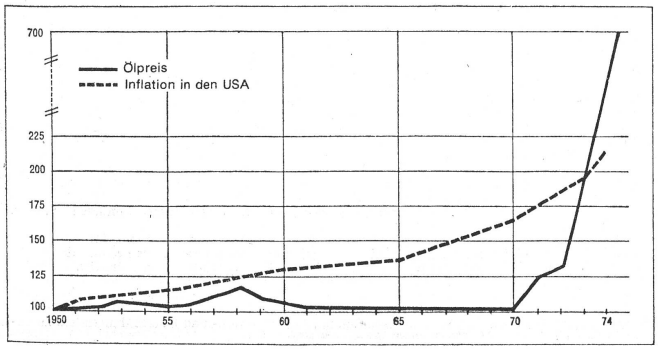
Fortsetzung auf Seite 6



«Eigentlich müsste ich alle diese Leute aus Mangel an Aufträgen entlassen, aber einen zweiten Fall LIP kann sich die freie Marktwirtschaft einfach nicht mehr leisten.»

Abbildung 1:

Inflation in den USA und Ölpreis



ABGABETERMINE

sind oft entscheidend. Benachrichtigen Sie uns frühzeitig — dann wird Ihr Termin zu unserem Termin. Wir

SCHREIBEN VERVIELFÄLTIGEN BINDEN

Ihre wissenschaftlichen und technischen Arbeiten.

Ihr Wohnort spielt keine Rolle.

Dactylo-Bureau-Service
F. u. U. Hiss, Telephon (061) 23 11 55
Frobenstrasse 42, 4053 Basel

Das homosexuelle Verlangen

von Guy Hocquenghem Brosch., 164 S., Fr. 12.90

«Nicht das homosexuelle Verlangen ist problematisch, sondern die Angst vor der Homosexualität.»

Le désir homosexuel. G. Hocquenghem. (français) Br. 121 p. Fr. 10 50

«him», das magazin mit dem mann

Monatliche Zeitschrift, ill., mit Informationen. Einzelnummer Fr. 9.50.

«hey», Gay-Magazin

Monatlich. Organ der S. O. H. Einzelnummer Fr. 6.—.

Abonnementspreise (Lieferung weiterer Zeitschriften) über Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel, PC 40-67761 (Versand Fr. 1.—)

«konzept»-Umfrage zum Thema «Krise»

Was für Veränderungen stehen uns bevor?

Im Artikel auf der vorhergehenden Seite nennt Beat Kappeler einige Ursachen für die gegenwärtige wirtschaftliche Flaute und für die relative Ineffizienz der dagegen getroffenen Massnahmen. Wie stellen sich jedoch Experten aus anderen Lagern zu Problemen, die sich u. a. in diesem Zusammenhang stellen? «das konzept» befragte dazu *Dr. W. Jucker* (Schweizerischer Gewerkschaftsbund), *Dr. F. Rühl* (Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins) und *Prof. Dr. H. Würgler* (Institut für Wirtschaftsforschung der ETH-Z). Red.

In welcher Hinsicht unterscheiden sich die heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Schweiz von den Problemen, die im letzten Jahrzehnt im Rahmen der «normalen» konjunkturellen Entwicklungsschwankungen aufgetreten sind?

(Jucker): Die Wirkungen der Rezession in manchen Absatzländern der schweizerischen Exportwirtschaft werden verschärft durch das über längere Zeit anhaltende Aufwärtsfloaten des Frankens. Erstmals sind auf einem Binnenmarkt für Teile der Nachfrage (teurere Wohnungen und Zweitwohnungen) Sättigungserscheinungen aufgetreten. Die Preissteigerung für manche Rohmaterialien hat trotz Rezession die Teuerungsrate ungewöhnlich hoch gehalten.

(Rühl): Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz am Anfang der 70er Jahre weist einen deutlichen Knick auf. In den letzten 20 Jahren hat sich die Wohnbevölkerung der Schweiz um ungefähr 2 Millionen vermehrt. In den nächsten 30 Jahren hingegen rechnet man nur noch mit einer Vermehrung von ungefähr einer halben Million. Diese völlig veränderten Verhältnisse, die zum Teil auf die Änderung in der Einwanderungspolitik, zum Teil auf ein schwächeres Reproduktionsverhalten der ansässigen Bevölkerung zurückzuführen sind, beeinflussen natürlich auch die Erwartungen, die die Wirtschaft, besonders die Binnenwirtschaft, in bezug auf ihre Wachstumsmöglichkeiten hegt. Die Möglichkeiten realen Wachstums für die Schweiz sind demnach auf die Zunahme der Produktivität je Arbeitskraft sowie auf die Zunahme der Kapitalversorgung je Arbeitskraft beschränkt. Andere Quellen gibt es nicht.

Die Schweizer Wirtschaft wird sich deshalb in bezug auf die Wachstumsrate ihres Sozialprodukts eher in der Schlussgruppe der industrialisierten Staaten aufhalten. Ferner wird die Schweizer Wirtschaft nicht um *kräftigere Umstrukturierungen* herumkommen. Zu denken ist vor allem an einen *Rückgang des heute überdimensionierten Baugewerbes.* Ferner sind bestimmte Industriezweige, insbesondere der Konsumgüterindustrie (Schuhe, Textilien), unter den Beschuss der durch die Wechselkurssituation begünstigten Auslandskonkurrenz geraten; hier ist ebenfalls mit einem *weiteren Rückgang der beschäftigten Arbeitskräfte* zu rechnen. Diese Umstellung läuft notgedrungen mit Schmerzen ab. Die Exportindustrie im allgemeinen leidet im weiteren unter der in den meisten Ländern gleichzeitig auftretenden Konjunkturabflachung. Selbst der «Staat», dessen Ausdehnungsmöglichkeiten bis jetzt unbeschränkt schienen, wird sich nach dem Willen des Souveräns, der in der Volksabstimmung vom 8. Dezember letzten Jahres deutlich zutage getreten ist, einer bestimmten Mässigung unterziehen müssen; vom öffentlichen Sektor wird in allernächster Zeit also keine Belebung ausgehen.

(Würgler): Im institutionell-politischen Bereich sind zwei Änderungen erfolgt, denen grundlegende Bedeutung im Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen siebziger und sechziger Jahren zukommt: erstens der Übergang von einer fast ungehinderten Einwanderung zu einer Stabilisierung der ausländischen Bevölkerung und zweitens der Wechsel vom System fester zum System schwankender Wechselkurse des Schweizer Frankens. Im Bereich des wirtschaftlich-politischen Verhaltens der Bevölkerung kommen zwei weitere gewichtige Wandlungen dazu: einerseits zeigt sich eine Abkehr von der materiellen Wachstumseuphorie, die sich in Sättigungserscheinungen auf Gütermärkten und im Wunsch nach differenzierter Ausgabenbeschränkung der öffentlichen Hand äussert, und anderseits mehren sich die Anzeichen der Unzufriedenheit mit den politischen Einrichtungen und den Herrschaftsverhältnissen in unserem Staat sowie einer neuaufkommenden Zukunftsangst. Dies alles deutet darauf hin, dass die kommenden Jahre von einem umfassenden Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft beherrscht sein werden, der die Schweiz einer ungeahnten Belastungsprobe aussetzen wird.

Von verschiedener Seite wird behauptet, dass sich im Lauf der sich heute anbahnenden Entwicklung der Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen verringern wird. In welchem Ausmass besteht nach Ihrer Meinung eine derartige Tendenz? Welche Auswirkungen hat eine (allfällige) derartige Entwicklung auf die «sozialpartnerschaftlichen» Beziehungen in der Schweiz?

(Jucker): Die Gewinne – einschliesslich jener, die aus Filialen schweizerischer Unternehmungen im Ausland zurücktransferiert werden – und Abschreibungen unterlagen bisher im Konjunkturverlauf starken prozyklischen Schwankungen. Bis jetzt lässt sich eine antizyklische Gewinnentwicklung nicht belegen. Die Schwierigkeiten zwischen Unternehmern und Gewerkschaften sind darauf zurückzuführen, dass manche Unternehmungen schlechtere Gewinn- oder Liquiditätserwartungen durch eine «zurückhaltende» Lohnpolitik, Entlassungen oder Arbeitszeitverkürzungen oder ohne vollen Lohnausgleich «kompensieren» möchten. Je länger die Rezession andauert und je tiefer sie wird, desto weiter droht sich dieses Unternehmerverhalten zu verbreiten.

(Rühl): Ins Gewicht fallende Veränderungen der Einkommensverteilung sind immer langfristige Prozesse. Es ist unwahrscheinlich, dass in kurzer Frist in der Schweiz eine solche stattfinden wird. Denkbar ist jedoch, dass die bisherigen Hauptleidtragenden der Inflation, Rentner und Nominalsparer, unter dem Regime einer konsequenteren Stabilitätspolitik nicht mehr wie bisher eine Schrumpfung ihres Einkommens- und Vermögensanteils werden entgegennehmen müssen. Insoweit wird der Inflations-«Gewinn», den die im Erwerbsprozess stehende Aktivbevölkerung auf Kosten der nicht mehr Erwerbenden einstreicht, zurückgehen. Auf der andern Seite ist es unwahrscheinlich, dass in einer Rezession der Lohnanteil gegenüber dem Gewinnanteil der Unternehmungen zurückgehen wird. Die Erfahrung hat vielmehr gezeigt, dass in der Regel der Lohnanstieg im Konjunkturaufschwung hinter dem Gewinnanstieg zurückbleibt und ebenfalls beim Konjunkturabschwung später reagiert. Ein Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen ist deshalb in der nächsten Zeit nicht zu erwarten.

(Würgler): Wie die Frage gestellt ist, kann sie nicht präzis beantwortet werden. Auch wenn man die «journalistischen Sorgfaltsmängel» zu korrigieren vermöchte, bliebe das Handicap der ungenügenden statistischen Information über die Entwicklung der funktionellen und personellen Einkommensverteilung. Im übrigen liegt es auf der Hand, dass Einkommensumverteilungen zu sozialen Spannungen führen. Dies geht auch daraus hervor, dass die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen sich vornehmlich um die Wohlstandsverteilung im weitesten Sinne drehen.

In welchem Ausmass kann und soll sich der Bund an der Behebung der heute aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beteiligen? In welcher Form kann und soll dies geschehen? Welche staatlichen wirtschaftspolitischen Massnahmen sind nach Ihrer Meinung von erster Dringlichkeit?

(Jucker): Der Bund braucht heute keine Dämpfungsmassnahmen mehr aufrechtzuerhalten. Die Geldpolitik war zu lange an primitiven quantitätstheoretischen Überlegungen orientiert. Mit der Vermehrung der Geldmenge, die während der letzten Wochen eingesetzt hat, ist nun ein – wenn auch zurückhaltender – Expansionskurs eingeleitet worden. Diese Politik sollte fortgesetzt werden. Sie dürfte auch einer weiteren Aufwertung gegenüber Nichtdollarwährungen entgegenwirken. Eine an und für sich wünschbare Stabilisierung des Dollarkurses ist hingegen ohne Mitwirkung der Vereinigten Staaten kaum zu erreichen.

Durch den Volksentscheid vom 8. Dezember 1974 ist die Gefahr entstanden, dass die öffentliche Finanzpolitik prozyklisch wird. Es wird von der nächsten Serie der finanzpolitischen Volksentscheide abhängen, ob dieser Tendenz entgegengewirkt werden kann.

Dem Ausbau der Arbeitslosenversicherung, eines der klassischen «automatischen Stabilisatoren», stehen föderalistische und verfassungsrechtliche Schwierigkeiten entgegen. Trotzdem sollte er so rasch als möglich erfolgen. Zunächst schwergewichtig in den kurzfristig möglichen Formen: gesamtarbeitsvertragliche Obligatorien, Revision kantonaler Gesetze und Zwischenrevision von Bundesgesetz und Verordnung.

Wahrscheinlich bedarf auch die Exportrisikogarantie eines Ausbaus (höherer Deckungsprozentsatz einschliesslich der Kursrisikoversicherung).

Um einer Verschlechterung der Liquidität durch schleppende Zahlungseingänge aus dem Ausland entgegenzuwirken, kann es notwendig werden, das Instrument der Wechseldiskontierung durch die Nationalbank stärker einzusetzen.

Hält die Rezession an, so sind wahrscheinlich Sondermassnahmen für jugendliche Arbeitslose notwendig (zum Beispiel Möglichkeit zur Verlängerung der Schulzeit inklusive Gewerbeschulen und Techniken). Ebenfalls ist das Instrument der vorzeitigen Pensionierung ohne Rentenkürzung (AHV) ein mögliches Auffangmittel.

Ob und in welchem Ausmass zusätzliche Bauten (Infrastruktur und sozialer Wohnungsbau) ausgelöst werden können, hängt mindestens teilweise vom Ausgang der bevorstehenden finanzpolitischen Volksentscheide ab.

Wünschenswert wäre, dass auch weniger als zwei Jahre anwesende Ausländer der Arbeitslosenversicherung beitreten und dass für sie Transferabkommen mit der entsprechenden Versicherung ihres Heimatstaats abgeschlossen werden könnten. Ihre Heimatländer haben sich bis jetzt in den meisten Fällen aber nicht als sehr kooperativ erwiesen – zum Nachteil ihrer eigenen Staatsangehörigen.

Geldmengen- und Kreditpolitik – auch wegen der Auswirkungen auf den Wechselkurs – und die öffentliche Finanzpolitik sind wohl die wichtigsten strategischen Einsatzmittel. Alles übrige sind Auffangmittel zweiter Ordnung. Diese sind zwar ebenfalls wichtig. Die Beschäftigung mit ihnen sollte jedoch nicht dazu benutzt werden, die Bedeutung der primären Interventionsmittel herunterzuspielen.

(Rühl): Eine grundlegende Voraussetzung und Grundlage für eine grössere konjunkturpolitische Aktivität des Bundes ist die Annahme des neuen Konjunkturartikels (Art. 31^{quinquies} BV) in der bevorstehenden Volksabstimmung vom 2. März 1975. Damit wird man endlich vom Dringlichkeitsrecht wegkommen und auf lange Sicht schonend eingreifen können. Ganz besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer Geldpolitik zu, die langfristig eine stabile «monetäre Umwelt» für die private Wirtschaft schaffen sollte. Dies ist eine Grundbedingung für das richtige Funktionieren der marktwirtschaftlichen Prozesse. Damit wird verhindert, dass vom Staat destabilisierende Bewegungen auf die private Wirtschaft ausgehen. Daneben bildet der Wechselkurs im Augenblick Gegenstand grösster Sorge; er ist so hoch gestiegen, dass die Absatzchancen der Exportindustrie und damit die allgemeine Beschäftigungslage, auch in der Binnenindustrie, nachgerade in gefährlichem Ausmass beeinträchtigt werden. Allein im Jahr 1974 ist der Franken gegenüber dem amerikanischen Dollar um 28%, gegenüber der Deutschen Mark um 13% teurer geworden. Seit Mai 1971 ist unsere Ausfuhr damit um 45% (im Mittel) teurer geworden. Als mögliche Massnahmen fallen nach unserer Ansicht in Betracht: Aufhebung oder Lockerung der restriktiven Bundesbeschlüsse (Kreditbeschluss, Abschreibungsbeschluss), Freigabe von Arbeitsbeschaffungsreserven, Garantie des Bundes für Überbrükkungskredite an Unternehmungen in der Liquiditätsklemme, allenfalls, nach deutschem Beispiel, Investitionszulagen an bestimmte Industriezweige.

(Würgler): Bei der Festlegung der aktuellen staatlichen Wirtschaftspolitik ist von der Überlegung auszugehen, inwieweit beobachtbare «Schwierigkeiten» über die konjunkturelle Gegebenheit hinaus ein Strukturproblem darstellen. Die Auseinanderhaltung dieser beiden Elemente ist nicht einfach, weil ein konjunktureller Niedergang eine Kumulation von Strukturschwächen beinhalten kann. Die Bekämpfung partieller Beschäftigungseinbrüche mit global steuernden Massnahmen – etwa einer Ausweitung der Geldversorgung – ist daher insofern nicht angezeigt, als diese Einbrüche Strukturschwächen offenbaren. Zu deren Behebung bedarf es spezifischer Interventionen des Staates, wobei als Instrumente Auftragslenkungen, Investitionshilfen, Steuerbefreiungen, Überbrückungsdarlehen u. a. m. denkbar sind. Ob und wie gezielt interveniert werden soll, setzt allerdings Klarheit über die langfristigen Zukunftschancen der betroffenen Branchen und Unternehmungen voraus. Neben der zuverlässigen Lageanalyse braucht der Staat ein im politischen Konsens verankertes Leitbild der strukturellen Entwicklung, um den «Schwierigkeiten» auf die Dauer effizient begegnen zu können. Der «richtige» Strukturwandel ist mit finanziellen Umstellungs- und Umschulungshilfen zu begleiten.

Das üble Spiel der Marktforschungsinstitute

«Besitzen Sie einen Photoapparat?»

Hat man neben Schule, Studium und Beruf noch etwas Zeit zum Geldverdienen übrig, so locken in den diversen Stellenanzeigern manche «lohnende Nebenverdienste»: Das Angebot reicht von Zeitungenvertragen über Heimarbeit bis zur Tätigkeit als Aktmodell – bei den einen Jobs kann man noch gleichentags anfangen, bei anderen wieder muss man ausgesprochenes Glück haben, um anzukommen. Recht häufig vertreten sind Inserate, die Befrager für Marktforschung suchen. Wie wird der Markt erforscht?

Was sich in der Zeitung grossartig als «A.E.S.-Marktforschungsinstitut» anpreist, erweist sich als schlichte Aktiengesellschaft im Welschland. Das Unternehmen nimmt Aufträge von Privatfirmen entgegen: mit Hilfe raffiniert zusammengestellter Fragebogen sollen die Gewohnheiten des Konsumenten erforscht werden, damit die Firma Aufschluss darüber erhält, wie sie ein Produkt möglichst erfolgreich verkaufen kann. Der Befrager hat die Aufgabe, den Fragebogen mit den ausgewählten Personen durchzunehmen und dann einzuschicken. Für acht Stunden Interviews und Fahrt von einer Adresse zur anderen winken 75 Fr., dazu kommen 25 Fr. für Spesen sowie die Kosten für Bahnbillette 2. Klasse.

Der junge Mann, der uns dies alles erklärt, nimmt den Lohn vorweg, denn das interessiert uns eigentlich am meisten. Oder gibt es auch andere Gründe, die jemanden veranlassen, bei der Marktforschung mitzuarbeiten? Ich schaue mir die etwa 20 Personen näher an: Hausfrauen mittleren Alters, ältere Damen – tun sie es nicht vielleicht auch aus Langeweile, um ein wenig Abwechslung in ihren Hausfrauenalltag zu bringen? Und die beiden älteren Herren? Bei ihnen spielt wohl die Tatsache mit, dass sie ihre AHV-Rente aufbessern müssen; als frisch Pensionierte stehen sie plötzlich vor einer Unmenge Freizeit, die es zu bewältigen gilt. Schliesslich die jungen Leute, Studenten und ehemalige Lehrlinge zumeist: hier zählt bestimmt allein der Verdienst. Denn viel kann man dieser Arbeit nicht abgewinnen, da gibt es erfüllendere und vor allem geschmackvollere Tätigkeiten.

Gemeinsam gehen wir einen Probefragebogen durch. Ganz harmlos beginnt er: man will die Rauchergewohnheiten der Leute kennenlernen, dann ihre Trinkgewohnheiten. Frage 4 will wissen, was die befragten Personen von der Milch halten. Seltsam – welche Privatfirma kann schon Interesse haben an der allgemeinen Einstellung zur Milch? Doch weiter: nun geht es um die Hobbies, genauer: um die Sportarten. Welche werden aktiv betrieben, bei welchen schaut man nur zu, muss der Interviewer fragen. Weshalb diese ins Detail gehende Fragerei? Nächste Fragenskala: «Besitzen Sie persönlich – ?», worauf eine Aufzählung folgt: Motorvelo, Auto, Boot, Filmkamera, schliesslich: Photokamera. Nichtsahnend gehen wir zur nächsten Frage über: «Welches ist die Marke und das Modell ihres Photoapparats?» Uns wird einiges klar: Die ganze, ausführliche und nicht uninteressante Einleitung soll also nur den Einstieg in die nun folgenden Fragen erleichtern: sie betreffen alle den Photoapparat und die Vorlieben, Gewohnheiten des Konsumenten in bezug auf seine Kamera, sofern er eine solche besitzt. Bis zum Ende des Fragebogens bleibt es beim Thema Photographieren. Und wohlverstanden: dieser Probefragebogen ist wesentlich kürzer als der eigentliche. Die befragten Personen werden also bis zu vierzig Minuten (ohne Entgelt!) mit Fragen belästigt, die ausschliesslich dem Profitinteresse einer Firma dienen.

Um unsere Zweifel zu zerstreuen, beteuert der Instruktor, dass gemäss einer speziellen Umfrage über fünfzig Prozent der Bevölkerung bereit seien, solche Fragebogen zu beantworten. Und um das Ganze noch seriöser erscheinen zu lassen, erhalte jeder von uns einen persönlichen Ausweis sowie einen Prospekt, der den Befragten über den Zweck dieser Ausfragerei «informiere». Wie aufmerksam von diesem «Institut»! Um den eigentlichen Zweck der Befragungen zu vertuschen, werden die konkreten Fragen zum Produkt mit unverbindlichen, allgemeingehaltenen Fragen gemischt – auf dass der Befragte den Eindruck bekomme, hier handle es sich um eine wichtige Sache.

Profitieren tun indes nur die Firma, die den Auftrag gab, und die Marktforschungsfirma, die den Auftrag gegen Bezahlung ausführte. Wichtig ist nicht, dass ein Produkt noch besser und vorteilhafter gestaltet wird, damit es den Käufern mehr nützt – entscheidend ist allein das Ziel, das Produkt noch gewinnbringender abzusetzen. Dass die Leute ein solch übles Spiel mitspielen, sich Zeit nehmen dafür, liegt auch daran, dass Fragebogen gerne beantwortet werden: um die Langeweile zu vertreiben und um das Gefühl zu haben, nun drehe es sich endlich mal um die eigene Person. Es geht um mich, um meine Gewohnheiten, um meine Einstellung, man interessiert sich für mich, denkt wohl manche Hausfrau, wenn sie von einem Befrager aufgesucht wird.

Und die Befrager selbst? – Wer sich zu viel Gedanken macht, kann sich wohl kaum mehr zu dieser unschönen Tätigkeit überwinden, ja er bekommt ein richtiges Ekelgefühl beim Gedanken, mit welcher Absicht man da an die Leute herantreten muss und in welchem Interesse man das tut. Beim Hinausgehen diskutiere ich mit einem jungen Typ, der einen Gelegenheitsjob sucht, da er kürzlich die Lehre beendigt hat und jetzt etwas Pause machen will. Er sagt mir: «Ich könnte diese Interviews nicht durchführen, es ist mir höchst unsympathisch; auf so plumpe Art die Leute aushorchen, damit sie nachher noch mehr kaufen – ohne mich, da war die Volkszählung viel interessanter: damals konnte man in ehrlicher Absicht Familien zu Hause besuchen und kennenlernen.» Auch mein Entschluss ist gefasst: Marktforschung muss man auch künftig ohne mich betreiben. *Nicolas Lindt*

Fortsetzung von Seite 5

Den Kleinen . . .

können. Statt die ausgelaufenen Konsummuster zugunsten neuer Produktionen zu verändern, steckt man wie in Frankreich Hunderte von Millionen in bankrotte Autofirmen und bezahlt Arbeitslosenunterstützung, anstatt durch den Bau konkurrierender öffentlicher Verkehrsprogramme Arbeitsplätze zu schaffen.

Der billige und schnelle Weg der Kreditexpansion und der Steuerreduktion wird beschritten, weil öffentliche Investitionsalternativen (Verkehr, Bildung, Sport, Erholung, Bäder, Kommunikation) *nicht ausgearbeitet sind und politische Widerstände der privaten Konsumgüterhersteller zu befürchten wären. Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt wird daher vermindert und die Konjunktur zu Lasten der öffentlichen Investitionen mittels Einnahmenreduktionen angekurbelt.*

Der private Investitionsanteil steigt

Die hervorstechendste Folge der gegenwärtigen Krise dürfte damit das Ansteigen des Anteils der Privatinvestitionen am Volkseinkommen sein. Dies zuerst einmal wegen der inflationär gesunkenen Reallöhne und wegen der Ankurbelung der brachliegenden Kapazitäten durch Kredite an die Unternehmen. Die verbreitete Abschreibung zu den spätern Wiederbeschaffungspreisen sorgt allein schon dafür, *dass sich in der inflationären Vermögensumverteilung die Sachmittelbesitzer schadlos halten.* Dann aber werden auch die Investitionen zur Verbreiterung der Energiebasis enorme Kapitalien verschlingen. In der Schweiz wird der Kapitalmarkt allein für den Atomkraftwerkbau mit jährlich 1 bis 1,5 Milliarden Franken belastet werden. Weitere Abgaben der Schweiz an private Investitionsprogramme sind in den hohen Ölpreisen der Multinationalen versteckt, welche die vervielfachten Gewinne wegen der kommenden Grossinvestitionskosten für neue Energiequellen beanspruchen. Eine Untersuchung der McGraw-Hill Publications Co. förderte letztes Jahr die Tatsache zutage, dass die wichtigen amerikanischen Grossunternehmen vor der Ölkrise mit 13,7% Investitionszunahme rechneten, nachher aber bereits mit 18%. *«Sei dem, wie es wolle, die Energieverknappung und der Auftrieb der Erdölpreise scheinen sich als Motor des investitionswirtschaftlichen Aufschwunges in den Vereinigten Staaten zu erweisen»* («NZZ», 6. 3. 1974).

Aber auch die Umweltschutzinvestitionen werden die Kapitalkosten der Produktion erhöhen, und die unter dem ersten Punkt der Krisenursachen angesprochene eventuelle Orientierung nach neuen Konsummustern, z. B. auf dem Gebiet der Kommunikation (Kabelfernsehen), werden vorerst einmal grosse Investitionen der Firmen bringen.

Eine Studie der New-Yorker Börse schätzte den Finanzbedarf der US-Industrie bis 1985 auf 4500 Milliarden Dollar (= ca. 3 Jahresvolkseinkommen!), wovon 2900 durch Selbstfinanzierung, 1100 durch Anleihen und Kredite aufgebracht werden sollen.

Der Kneschaurek-Bericht und die Botschaft des Bundesrates zur Einführung der Zweiten Säule beispielsweise erwarteten auch für die Schweizer Industrie einen gewaltig ansteigenden Finanzierungsbedarf für Investitionsmittel. Die Investitionsquote, der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt, wird vermutlich in den meisten Industrieländern anwachsen. *Damit wächst auch der über die Selbstfinanzierung oder inflatinär sich entwertende Kredite finanzierte Teil der Kapitalausgaben am Gesamtkuchen der Einkommen.* Unter der gegebenen Vermögensverteilung am Sachmittelvermögen kommt dieser Zuwachs den bisherigen Aktionärsgruppen der Industrieländer zu. Die massiven Budgetdefizite und die Kreditterleichterungen als hauptsächliche Konjunkturmassnahmen der grossen Industrieländer werden die Überwälzung der Selbstfinanzierung und die «Abbezahlung» der Investitionskredite über die Inflation beizubehalten erlauben.

Infolge des dann auch wieder rasch ansteigenden Rohstoffverbrauchs durch Investitionen und abgeleiteten Verschwendungskonsum wird auch die nächste Rohstoffhausse und Energieknappheit kaum auf sich warten lassen. Wegen der inflationären Tendenz dürfte auch die Unterkonsumtion eine stets vorhandene Drohung bleiben. *Die wichtigen Entscheidungen wurden von den Managern der gegenwärtigen Krise noch einmal verschoben.* *Beat Kappeler*

Bilanz aus den Solothurner Filmtagen 1975

Schweizer Film – zurück zum Konformismus?

Bereits zum zehnten Mal trafen sich Regisseure, Kritiker und Publikum; zum zehnten Mal flimmerte fast ausnahmslos das «freie» helvetische Filmschaffen über die Leinwand. Der kleine Trupp Unverdrossener, der 1966 noch belächelt wurde, hat sich, zusammen mit seinen ehemaligen Spöttern, längst eingelegt und etabliert in diesen fünfeinhalbtägigen Anlass. Von Jubiläumsfreude war jedoch nichts zu spüren.

Mit diesem kommentierenden Beitrag zu den Solothurner Filmtagen vom 28. 1. bis 2. 2. 75 eröffnet «das konzept» eine Filmspalte, die von nun an regelmässig erscheinen soll. Sie wird sich vor allem mit dem kritischen Schweizer Filmschaffen auseinandersetzen, sowohl mit dessen Inhalt wie auch mit den ökonomischen und arbeitstechnischen Hintergründen. Ferner werden wir unseren Lesern einzelne uns wichtig scheinende neue Filme im geeigneten Zeitpunkt ausführlich vorstellen.

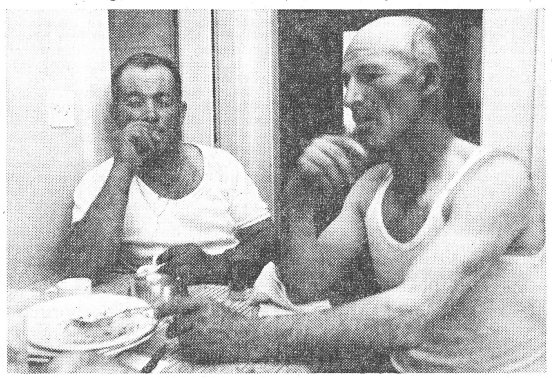
Vor wenigen Jahren noch sprach man vom schweizerischen Filmschaffen mit Begeisterung, Hoffnung und nicht ohne Stolz: Die ersten Schlachten waren gewonnen, die geistige Enge schien durchbrochen, man interpretierte im In- und Ausland die Erfolge als eine beginnende kleine Welteroberung.

Rückkehr zur Angst?

Dennoch: Während der 10. Solothurner Filmtage kam keine Hochstimmung auf. Es herrschten *Beklemmung, Skepsis, Angst und allseitiges Misstrauen.* Die heutige wirtschaftliche und politische Misere der Schweiz ist dafür verantwortlich, als direkte Ursache oder aber als willkommener Vorwand: Es zeigt sich nun, dass man sich nur kurzfristig und keineswegs genügend vom berühmten kulturellen Holzboden Helvetiens erhoben hat. Die Mittel – aber auch der Wille –, die heute für die Förderung des Films zur Verfügung gestellt werden, reichen bei weitem nicht mehr aus: weder für eine gesunde Fortsetzung der Produktion noch für die dafür grundlegende, allgemeine Infrastruktur. Die Zeit der *Normalisierung*, die Tanner in «Le Milieu du Monde» anspricht, hat die Entwicklung eingeholt: die Enge, die man durchbrochen zu haben glaubte, umschliesst oder bedroht die besten Kräfte der schweizerischen Filmszene. *Emigration* für die einen, *Angleichung an das konforme, zahnlose Mittelmass* für die andern bieten sich in diesem Malaise als nächste (scheinbare) Auswege an.

Diese tristen Bemerkungen sind notwendig, wenn man auf die Jubiläumsausgabe von Solothurn hinweisen will, just in einer Zeit, wo die allgemeinen Sparmassnahmen des Bundes dem schweizerischen Filmschaffen den Gnadenstoss zu versetzen drohen.

Die Solothurn-Besucher mussten sich heuer weitgehend an das bereits Bekannte halten; für Entdeckungen waren fast alle Türen geschlossen. Sie sind in dem Masse zu, wie die jungen Cineasten umsonst bei Bund und Privatwirtschaft anrennen, um jene Mittel zu erhalten, die für ihr Schaffen notwendig wären. Und im so geschlossenen Raum geht allmählich die Luft aus: Man hat nicht genug zum Sterben, aber auch nicht genug, um zu leben. Man ist zur Angst zurückgekehrt. Vielleicht zum Anfang vom Ende.



Von der Wechselbeziehung jenes Elends, das italienische Saisonniers in der Schweiz erfahren und mit dem sich deren zurückgelassene Familien zu Hause auseinandersetzen müssen: «Buseto» von Remo Legnazzi, eine äusserst beherrschte, überzeugende und filmisch ergiebige Kritik.

Kritik und Demokratie

Doch für Wehmut und Nostalgie gab es keine Zeit, vielmehr für die bittere Frage: Werden die Nörgler und Pessimisten recht bekommen, die schon vor einem oder zwei Jahren gewarnt haben? – Jedenfalls haben es eigenwillige Autoren stets schwerer. Denn wenn Verunsicherung, Repression und finanziell-kultureller Notstand herrschen, wird sich mancher an der breiten Tendenz, am Bewährten orientieren und sich vom herrschenden, trägen Fluss treiben lassen, sich der exponierenden Brisanz der aktuellen Fragen verschliessen. Der Optimismus von einst erscheint jedenfalls heute wie eine Jugendsünde, für die man vielleicht noch mehr – und nicht ganz unverdientermassen – wird büssen müssen.

In diesem Dschungel, wo sich Finanzielles, Egoismus und politisch erstikkende Gewächse verschlingen, bleibt die Festrede von *Max Altdorfer*, dem *Vizedirektor des eidgenössischen Amtes für kulturelle Angelegenheiten*, noch wenig konkret, auch wenn er erkennt, dass *eine wahre Demokratie die kritischen Filme braucht*, sofern man über die falschen Klischees hinaus zu einem wirklichen Bild – und somit zu einer tragfähigen Zukunft – der Schweiz gelangen will.

Was diese notwendige Kritik betrifft, so könnte man nach Solothurn die erwartete Zurückhaltung, die *Beschränkung auf relativ unkämpferische*, teilweise sogar *in Innenwelten und Privatem begrenzte Filme* bedauern. Man könnte dies bereits als die erste Konsequenz von Angst und Anpassung und gängigem Druck werten. Doch damit wäre die Frage falsch gestellt.

Denn die früheren Formen des Engagements sind vorbei. Strammer Militantismus, steife Didaktik, simple Demagogie haben ausgespielt. Das belegen die besten Dokumentarfilme der diesjährigen Filmtage, unabhängig davon, ob sie nun direkt kollektive Erfahrungen analysieren oder ob sie sich einem sogenannten «Einzelfall» zuwenden. Filme wie *«Müde kehrt ein Wanderer zurück»* und *«Buseto»* – zwei der wichtigsten Solothurner Filme – räumen mit der sterilen und verfehlten Maxima auf, wonach Intellekt und Emotion nicht zu vereinbaren wären. Diese Filme – aber auch *«Streik ist keine Sonntagsschule»* und *«Beton-Fluss»* – vermögen zu leben: Sie haben jenen «Abfall» (nach Bichsel), der erst eine Atmosphäre schafft und notwendige Identifikationen sowie vitale Einsichten ermöglicht. Es gibt nicht nur mehr das Skelett (einer Idee), es gibt allmählich nun auch Fleisch dazwischen, Luft darum herum.

Davon ausgehend befreit man sich nun von der ideologischen Verklemmtheit, um sich einer praktischen Reife zu nähern: nämlich durch die Erfahrung, dass es *«Einzelschicksale»*, *«Privates»* schlechthin nicht gibt, dass jede Optik – sofern sie darum weiss oder wissen will – auch das scheinbar Individuellste *gesellschaftspolitisch bedeutsam* werden lässt. Nur geschieht es in den genannten Filmen mit einer dialektischen Wirklichkeitstreue voller Nuancen und lebendiger Details, die der Zuschauer zum Teil selbst erkennen und mit dem Ganzen zusammendenken muss.

Kritik an der Zeit

In *«Müde kehrt ein Wanderer zurück»* greift *Friedrich Kappeler* ein nur zu geflissentlich beschwiegendes und

Fortsetzung auf Seite 8

Walter Matthias Diggelmann: «Erlesenes»

«Gueti Manne»

Zuerst in eigener Sache: Ich danke *Jürg Frischknecht*, der über den *«Fall Gilgen - Daniel Bodmer»* in der *«National-Zeitung»*, in der *Ostschweizer AZ»* und in *«das konzept»* geschrieben hat. Ich danke den Redaktoren, die Frischknechts Bericht aufgenommen haben. Ich danke dem Basler *Z-Verlag*, der nach «Gilgens Weigerung» ohne mein Wissen und Dazutun 6000 Franken gesammelt hat. Ich danke den mir unbekannten Spendern. Sie haben es mir möglich gemacht, den neuen Roman *«Aber den Kirschbaum, den gibt es»*, der im Herbst 1975 bei Benziger erscheinen wird, zu beenden.

Dr. med. *Alfred Gilgen*, zurzeit Erziehungsdirektor des Kantons Zürich, und Dr. Daniel Bodmer, Präsident der kantonalzürcherischen Literaturkommission, wird der Dank von anderer Seite zuteil werden. Ohne Zweifel wird man den kolossalen Mut der beiden rechtgesinnten Zürcher honorieren. Man hat wieder einmal demonstriert, was ein guter Schweizer ist, und dass wir Bürger unter allen Umständen den Hut ziehen müssen vor so gewaltigen Autoritäten. Merke: Regierungsräte sind unantastbar. Oder anders gesagt: Sie sind nicht kritikwürdig. Wer sich da irrt, bezahlt halt auch den Preis dafür. Was meine Gönner von Gilgen und Bodmer unterscheidet, ist nicht nur die politische Meinung. Gilgen und Bodmer hatten es einfach. Die beiden verfügten über Steuergelder. Wenn ich diesmal nicht irre: Auch die Linken und Linkischen werden zur Kasse gebeten, auch ich muss Steuern bezahlen. Sogar die Prostituierten bezahlen Steuern. Meine Gönner haben nicht in die staatliche Kasse greifen können. Lassen wir's gut sein. Dr. med. Gilgen wird wieder gewählt werden. Und er wird für das weitere Fortkommen Daniel Bodmers sorgen. Schliesslich sind die Bodmers eine historisch wichtige Zürcher Familie. Wählt Gilgen. Er ist ein Garant für Sauberkeit und Ordnung. Besonders was die Universität und die Mittelschulen betrifft. Es würde mich nicht wundern, wenn der Mann demnächst nach Peking pilgern würde. Wie Franz Josef Strauss. Und sich dann verbünden würde mit den Maoisten. Gegen die Marxisten-Leninisten. Brav Clausewitz gehorchend: *«Der Feind meines Feindes ist mein Freund».*

*

Es wimmelt zurzeit auch noch von anderen «guete Manne» in Zürich. Die *Stadtpolizei* wirbt um Nachwuchs. *«Gueti Manne»* heisst der Slogan. «En guete Maa» hat kürzlich einen jugendlichen Mann erschossen. So mir nichts, dir nichts. Vor kurzem haben «gueti Manne» im Niederdorf ein drogenverdächtiges Mädchen so mir nichts, dir nichts verhaften wollen. Als der Begleiter sich für seine Freundin wehren wollte, wurde er von den «gueten Mannen» so mir nichts, dir nichts zusammengeschlagen. Zeugen dieser Brutalität begaben sich ins Hauptquartier. Sie wünschten aufgeklärt zu werden, erwarteten so etwas wie eine Rechtsbelehrung. Sie wurden zynisch abgewiesen. Unsere Polizei macht keine Fehler. Natürlich nicht. Es sind ja alles «gueti Manne». Und nicht zu vergessen: Wir haben Anspruch auf Sündenböcke. Wir, die Alkoholgeneration. Die Drogen sind an allem schuld. Nur an den Drogen liegt es, dass wir so viel Arbeitslose haben, dass wir jede Woche in den Zeitungen von Betriebsschliessungen lesen dürfen. Der Haupt-Dealer auf dem Drogen-Weltmarkt, der Schah von Persien, geniesst derweil in St. Moritz seine Ferien. Bewacht von «gueten Mannen». Aber lassen wir auch das. Oder lassen wir's nicht und fordern, dass die Polizei endlich unbewaffnet ihren sicher nicht leichten Dienst erfüllt. Die englischen Bobbies sind auch unbewaffnet. Die Bevölkerung wollte den Bobbies damals, als das Korps gegründet wurde, nicht einmal eine Uniform zugestehen. Nur einen Zylinder durften sie tragen. Was sagte mir der einstige Kommandant der Zürcher Kantonspolizei? Wer sich unwiderstehlich zur Polizei hingezogen fühle, Uniformen und Schusswaffen liebe, sei eigentlich nicht geeignet als Polizeibeamter.

*

Wir haben nicht nur «gueti Manne» unter uns, sondern auch «gueti Fraue», zumindest eine. Ja, die meine ich. «E gueti Frau» mit einem juristischen Gewissen. Mit einem sehr differenzierten Gewissen. So sagte sie dem *«Tages-Anzeiger»*: *«Es ist doch etwas völlig anderes, ob man die Leiden eines hoffnungslos kranken Menschen beispielsweise durch Absetzung von Medikamenten auf seine Bitte hin verkürzt oder ob man einem Chronischkranken – wie es im Stadtspital Triemli geschehen ist – keine Nahrung mehr zuführt.»* Also ist die «gueti Frau» doch für Sterbehilfe. Kürzlich sagte mir ein Professor der Jurisprudenz an der Uni Lausanne, er sei Jurist geworden, weil er den Juristen grundsätzlich misstraue. Ich misstraue auch unseren Politikern. Was sagt doch der Zürcher Kantonsrat und Psychologe *Hans Ulrich Wintsch* im *«Tages-Anzeiger-Magazin»* vom 1. Februar zur Frage: *«Darf man also sagen, dass der Lösung der staatlichen Aufgaben psychische Hindernisse im Wege stehen?»* Wintsch: *«Das Handeln des Menschen, auch des Politikers, ist letztlich nicht von der Vernunft bestimmt, nicht von der sachlichen Logik, sondern von seiner Psycho-Logik. Es geht zutiefst um Wünsche, Hoffnungen, Ressentiments, Ängste. Der Wahnsinn in der Welt hat letztlich ‹Methode›, aber eine ‹Methode›, von der die Politiker wenig bis nichts zur Kenntnis nehmen.»*

*

Wir haben noch immer einen anderen «guete Maa» unter uns. Den *James Schwarzenbach*. Um unseren lädierten Bundeshaushalt zu sanieren, fordert der Milionärssohn frisch, fromm, fröhlich, frei, es sollen die AHV-Renten statt um 25% nur um 20% erhöht werden. Unsere betagten Mitbürger würden nämlich gerne einen Beitrag zur Rettung unserer Staatskasse leisten. Wenn ich mich richtig erinnere, hat sich unser James National am Anfang seiner Polit-Karriere stets für die Alten stark gemacht. Und die Alten haben es ihm honoriert. Jetzt ist er oben. Also braucht er sie nicht mehr. Was wir hingegen brauchen, ist eine starke Armee beziehungsweise eine florierende Rüstungsindustrie. Unser «guete Maa» *Gnägi* hat sich mit Händen und Füssen und einem oft schwerverständlichen «Bärndütsch» gegen die Streichung von 80 Millionen für unsere Indianerspiele gewehrt. Und siehe, alle sind sie umgefallen. Unsere hehren Parlamentarier. Was sagt Wintsch im schon erwähnten Interview? *«Die Regierung wird nun einmal als Autorität erlebt. Das zeigt sich in der Begegnung zwischen einem Parlamentarier und einem Regierungsmann: Der Parlamentarier bringt dem Regierungsmitglied mehr oder minder sichtbar eine Spur mehr Respekt und Achtung entgegen als einem Parlamentskollegen. Es ist eine Art inneres Hinaufschauen . . .»*

*

Ich gebe zu, ich bin falsch oder schlecht erzogen. Ich habe nie gelernt, «innerlich» hinaufzuschauen. Auch äusserlich will's mir nicht gelingen. Wenn ich einem hohen Offizier, einem Magistraten oder einem Professor gegenübersitze, denke ich immer: *«Ach, das ist auch so ein armes Schwein wie du . . . oder vielleicht noch ärmer . . .»*

Fazit: Wir sollten Mittel und Wege finden, unsere «hohen Tiere» von ihrer Zwangsneurose, unbedingt regieren, dozieren, Macht ausüben zu müssen, befreien. Sie leiden nämlich alle. Nur wissen sie es nicht. Um schonendes Anhalten wird gebeten!

Streiflichter

In der Spalte «Streiflichter» sollen in unorthodoxer Weise Aspekte der sog. «Kulturwelt» besprochen werden. Wohlbemerkt: Wir wollen Kultur in einem erweiterten Zusammenhang sehen, also nicht nur so, wie sie die Elite empfindet, sondern so, wie sie fürs Volk von Bedeutung ist.

Die perverse Mentalität im Showbusiness

Ein dekadenter Nachmittag mit Brian Eno

Wer kennt nicht «Roxy Music», die vielgerühmte und -geächtete Supergruppe aus der aktuellen britischen Rock-Szene? Aber wer erinnert sich noch an Eno, der ursprünglich auch zu dieser Band gehörte? Als Exzentriker und verkanntes Genie hochgejubelt, seit seiner Trennung von «Roxy Music» aber schon beinahe in Vergessenheit geraten, ist dieser ausgefallene «Künstler» nun schon seit Monaten mit dem Aufbau einer Solokarriere beschäftigt. Bereits zwei Platten von ihm sind erschienen, aber der Durchbruch will nicht recht glücken – da nützt alle Propaganda nichts. Mitte 1974 kam Eno im Rahmen einer Promotion-Tournee auch in die Schweiz – wie sich das abspielte, schildert der folgende Bericht. Die gemachten Beobachtungen können bei jeder vergangenen und künftigen Werbetournee anderer Rock-Stars bestätigt werden. Interessant ist auch, dass Eno trotz dem ganzen Rummel bei uns eher noch an Popularität verloren hat . . .

Nicolas Lindt

Um den Umsatz in die Höhe zu treiben, kommt Eno nach Zürich, wo ein reich befrachtetes Programm auf ihn wartet. So führt die *Zeitschrift «Pop»* für ihre Leser eine Woche in Davos durch, und natürlich muss Eno zuerst dort aufkreuzen, Autogramme geben und Fragen beantworten. Allerdings wissen die anwesenden «Pop»-Leser gar nicht, was sie diesen Typ fragen sollen, von dem sie nur das Gesicht und den Namen kennen – die Sache wird deshalb für beide Seiten etwas peinlich. Man fährt zurück nach Zürich – «Pop» ist immer dabei – und rastet unterwegs am Walensee in einem Weiler, wo Eno von den Dorfbewohnern etwa so bestaunt wird wie ein fremdes Tier. Ein wahrhaft exotisches Erlebnis für den weltmännischen Engländer Eno, der von seinen Gastgebern abends in einem Erstklasshotel abgeliefert wird, wo er wieder die ihm vertraute Luft schnuppern darf.

Warum kann Eno nicht in einem kleineren Hotel absteigen? – Weil es sein Manager so nicht will und weil Eno zu bequem ist, um sich gegen die ständige Überhäufung mit Luxus zu wehren. Er ist schon zu empfindlich geworden – die Welt, wie sie ist, verunsichert einen Star, der es gewohnt ist, in einer speziell präparierten Umgebung beachtet und verehrt zu werden.

Verständlich, dass Eno sich am Jauchegeruch stört, der bis ins Innere des Mercedes dringt: Man fährt mit ihm nach Luzern anderntags, über Land also, aber Eno zeigt sich so desinteressiert, dass er während der ganzen Fahrt in einem Buch über *Lord Byron* liest. Ebensogut hätte man mit ihm durch die Strassenschluchten einer Grossstadt fahren können, er hätte wohl keinen Unterschied bemerkt. Dafür erzählt er uns – dem Manager, der «Pop»-Redakteurin und mir – von seinen Träumen und nimmt zur Kenntnis, dass die Dame vom «Pop» (ach wie zufällig!) von *ihm* geträumt hat . . .

In Luzern will man Eno die Ausstellung *«The Transformer»* zeigen – es könnte ebenso gut eine andere Stadt sein, denn Eno schaut Luzern wie eine Ansichtskarte an und nicht, wie es in Wirklichkeit ist. Davon erfährt er auch nichts, denn von der sterilen Atmosphäre in seinem Hotel wechselt er über ins sterile Innere des herrschaftlichen Autos, und von da direkt in die sterile Ambiance eines Luzerner Erstklasshotels. Auf «normalen», unpräparierten Boden muss Brian Eno – wie alle anderen Stars auch – keinen Fuss setzen. Nun, man tafelt und unterhält sich «angeregt», Eno verteilt grosszügig Autogramme an die beeindruckten Kellner, und anschliessend besucht man gemeinsam mit dem Initianten der Ausstellung, Jean Christophe Ammann, und seinem Anhang, das Kunstmuseum. Knips, knips! – ein paar Bilder für die Presse, dann wandelt man durch die hehren Hallen, wo Bilder, Photos und Collagen von Transvestiten hängen. Fachmännisch erklärt Ammann dem Musiker den «künstlerischen Gehalt» der einzelnen Darstellungen, interessiert betrachtet man die narzisstische Zurschaustellung der einzelnen «Künstler» und realisiert kaum, wie sinnlos, unnötig die ganze Angelegenheit eigentlich ist. – Ein Besuch in einer Luzerner «Wohngemeinschaft», wo einige der ausstellenden Künstler und Transvestiten wohnen, verstärkt diesen Eindruck: Zwischen Glitter und Plüsch hängen Bewohner wie Besucher herum und plaudern. Einer der Bewohner erklärt mir überzeugt, dass eben nicht alle Menschen kreativ seien, dass es immer dümmere und gescheitere Menschen gebe und dergleichen mehr. Für Politik, so meint er, würden sie sich nicht sonderlich interessieren, sie, die wohl einzigen «kreativen» Luzerner . . .

Eno sitzt derweil in einer Ecke, lächelt, passt vorzüglich zur ganzen Atmosphäre mit seiner apart schwarzen Kleidung und seinen geschminkten Augen; glücklicherweise versteht er kein Schweizerdeutsch. – Aus der Glamour-Konserve hinein in die Mercedes-Büchse und zurück nach Zürich, wo der dekadente Nachmittag mit dem Besuch des Warhol-Films *«Women in Revolt»* abgerundet wird: Eno wird einmal mehr erschöpft ins Bett sinken. So vergehen die Tage für die Stars – bis das Image verblasst und die Verkaufszahlen sinken.

Warum macht Eno diesen Rummel mit? Warum lässt er sich Tag für Tag durch den ewiggleichen, geisttötenden Propagandazauber schleusen? Warum akzeptiert er den unnötigen Luxus, die Künstlichkeit seiner Umgebung, warum passt er sich an und scheint es sogar zu geniessen? – Gerade Eno ist ein intelligenter Typ, aber mit seiner Persönlichkeit kann es nicht weit her sein. Mit nichts lässt sich entschuldigen, dass er und viele seiner Kollegen diesen Trip mitmachen. Das dekadente Verhalten, der unwürdige Lebensstil eines Brian Eno wirkt letztlich abstossend. Man könnte ihn ignorieren, würde dieser Künstler nicht den Anspruch erheben, ernst genommen zu werden, was sich in hochtrabenden Interviewäusserungen immer wieder zeigt. Wer sich so verkaufen lässt und seine Mentalität dennoch so zur Schau stellt wie Eno, wer trotz seiner Intelligenz so oberflächlich-dekadente Verhaltensweisen an den Tag legt, kann nur noch belächelt werden. Und nicht einmal die Musik ist noch beachtenswert . . .

Nicolas Lindt

echo

In dieser Spalte veröffentlicht «das konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, da möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Ein Report voller Verstellungen

«Zwischen roten Fahnen und Blue Jeans»
«das konzept» Nr. 1/75, Januar 1975

Abgesehen von der politischen Färbung des Artikels, welche darauf hindeutet, dass sich der Verfasser mehreren gründlichen geistigen Schäferstündchen mit lupenreiner kommunistischer Dogmatik sowjetischer Art unterzogen hat, wimmelt der Report von Unobjektivitäten und Verstellungen. Er erfüllt gar nicht die Bestimmung, objektiv vom Alltag der jungen Leute in Bulgarien zu berichten, weil der Verfasser gewisse Tatsachen nicht sieht oder nicht sehen will.

Zuerst aber zur Hauptsache: der Herr Lindt, bevor er zur Feder greift, sollte das nächstemal klar sehen, dass er in der sicheren Schweiz lebt, die Leute aber, die er beim Namen, Beruf und Herkunftsort nennt und über deren nonkonforme politische Ansichten er voll Enttäuschung und Hohn schreibt, in Bulgarien, das einen sehr effizienten Polizeiapparat besitzt, der gnadenlos gegen alle andersdenkenden Personen vorgeht. Das Äussern des Missfallens über die Zustände gegenüber einem Ausländer aus dem Westen wird als eine Straftat qualifiziert und beurteilt. Ich muss zittern bei dem Gedanken, dass sein Artikel über die jungen Leute in Bulgarien zufällig auch von einem *«älteren, pflichtbewussten Genossen»*, einem Kämpfertyp, für welche Herr Lindt zu schwärmen scheint, gelesen wurde, was bei einer Auflage von 37 000 nicht ausgeschlossen ist. Oder vielleicht wäre es dem Herrn Lindt gar nicht unpassend, wenn eines Tages dem *«salopp gekleideten Emile»*, der sich mit seinem Dorflehrerdasein nicht zufriedengab, von den Dorfpolizisten, die sich mit dem Verfasser nur in Zeichensprache verständigen konnten, bedeutet würde mitzukommen. Dann wäre der *«mit Minderwertigkeitsgefühlen belastete Städter in der Provinz»* seinen Weltschmerz bald los. Hauptsache aber scheint zu sein, dass Herr Lindt seine Minderwertigkeitsgefühle loswird, da er vom *«gleichgültig behandelten Touristen zum neugierig beobachteten Fremden»* aufgewertet worden ist. Da er selber Jeans trägt und Mick Jagger bis zum Taubwerden zuhören kann, wenn es ihm passt, kann er ruhig über die westlich-konsumversessenen jungen Bulgaren spotten, die ihm seine Jeans abkaufen wollen.

Was die formelle Seite betrifft, geht der Artikel völlig an seinem Ziel vorbei. Er ist praktisch nur eine ideologisierende Analyse seiner Gesprächspartner, wobei er meistens – wie schade! – auf die falsche, dem sozialistischen Alltag kritisch bis negativ gegenüberstehende Seite stiess, die sich auch formulieren kann. Der Verfasser schreibt viel über die sozialistischen Errungenschaften, ohne ein einziges Beispiel dafür präsentieren zu können. Grosszügig und modern eingerichtete Schulen findet man heute überall in Europa, und man kann so etwas nicht mit einem politischen System in Verbindung bringen.

Die wirklichen Alltagsprobleme erledigt er mit einem Satz, gleichzeitig wundert er sich aber darüber, dass die Leute, die auf «Luxusgüter» wie einen Kühlschrank oder Fernseher verzichten müssen, nichts von einem solchen Sozialismus halten, in welchem, wie der Verfasser auch zugibt, die wenigen materiellen Vorteile nur einer dünnen Oberschicht zugänglich sind. Dass der Staatsapparat starr, bürokratisch, von Moskau abhängig und auf eigene Vorteile bedacht ist, entgeht dem Verfasser auch nicht, das hindert ihn aber nicht, einige Zeilen höher darüber zu seufzen, dass es *«der jungen Generation unglaublich schwer gemacht wird, konsequent den sozialistischen Prinzipien nachzuleben»*.

Ich hoffe, dass der Verfasser das nächstemal die Namen der Befragten nicht anführt, ohne an die möglichen Folgen zu denken, Und dass er seine ideologischen Scheuklappen ablegt, wenn er über Menschen berichtet, die ihn herzlich und ohne Abneigung empfingen, welche er als ein kapitalistischer Westler mit roter Färbung völlig verdienen würde.

Andrej Kolar, stud. Phil. I

*

Wir haben den obenstehenden Leserbrief leicht gekürzt abgedruckt. Ferner möchten wir darauf hinweisen, dass die Namen der im «Bulgarien-Report» erwähnten Personen vom Autor selbstverständlich geändert worden sind. (Red.)

Pointiert ausgedrückt

«Zwischen roten Fahnen und Blue Jeans», «das konzept» Nr. 1/75, Jan. 75

Dank für die gute Zeitung; gut, da angriffig, nicht doktrinär – aber doch einer Linie verpflichtet. Aktiviert Nicolas Lindt so, dass er ab und zu etwas Hintergründiges über Pop (wie schon im «Focus» und «Tages-Anzeiger») bringt – dort ist er stärker als in faden (etwas zu pointiert ausgedrückt!) Reisebeschreibungen. Das wär's.

Marcus Sartorius, Bern

Verschiedene Belästigungen

«Anklagen bis zur Knebelung», «das konzept» Nr. 1/75, Jan. 75

Ich sende Euch noch einen Leserbrief betreffend «Anklagen bis zur Knebelung». Es wundert mich, ob Ihr auch den Mut habt, eine solche Kritik zu publizieren. Ich wäre froh, wenn ich beiliegenden Artikel mit nur den Initialen zeichnen könnte, da ich in letzter Zeit verschiedene Belästigungen über mich ergehen lassen musste. Auch die AG-Medienkritik zeichnete nicht namentlich. Dies mit gutem Grund, hätte dies doch die Kleinheit der AG offenbart.

Ich komme leider nicht mehr darum herum, der *Arbeitsgruppe Medienkritik* vorzuwerfen, dass sie ihre Beispiele bewusst selektiv ausgewählt hat. Von einer Alibierwähnung abgesehen, wurden praktisch nur solche Presseprozesse aufgeführt, in der Linke angeklagt waren. Die Linke als Kläger und Knebler der Pressefreiheit gehörte offenbar nicht ins Konzept. So wurde letztes Jahr der Präsident der Basler Sozialdemokraten durch die leninistische POCH eingeklagt, dasselbe blühte dem zuständigen Redaktor des «Schweizer Soldaten». Wenn schon ein Fall «Untersuchung eingeleitet» erwähnt wird, hätte unbedingt auch noch die Klage von Anfang 1973 gegen den Verleger und einen Redaktor der «Hochschulzeitung» sowie gegen «Trumpf Buur» erwähnt werden müssen. Der Grund war nur die Veröffentlichung und Kommentierung eines harmlosen studentischen Papiers. Einem der Gründer der Arbeitsgruppe Medienkritik ist mindestens der letzte Fall bekannt, hatte er doch selbst darüber geschrieben. Aber auch die andern Fälle dürften bei einem eifrigen NZ-Leser bekannt sein. Als fünften weggelassenen Fall könnte man die Klage der Revolutionären Marxistischen Liga gegen eine Lausanner Unternehmungsleitung erwähnen, weil diese das Wort «Agitator» gebraucht hatte. Vielleicht gibt es noch weitere solche «zufällig vergessene Fälle».

Ein ähnliches Instrument und sehr beliebt, um kritische Pressestimmen verstummen zu lassen, sind Drohungen mit Presseprozessen. Auch hier würde es sich zeigen, dass eine solche Tabelle politisch gar nicht so einseitig wäre. Unter anderem klagte auch der «zürcher student» einmal gegen zwei Professoren. Sogar ein Gründungsmitglied der AG Medienkritik drohte selbst schon einige Male mit Klagen.

Leider kann ich aus Erfahrung nicht an eine «objektive» Arbeit der AG Medienkritik glauben. Studenten, die nicht die klassenkämpferische, marxistische Einheitslinie vertraten, waren nicht erwünscht. Einer der trotzdem kam, wurde aufgefordert zu verschwinden. Dabei sollte doch bei einer «wissenschaftlichen Arbeit» die politische Einstellung der Beteiligten keine Rolle spielen. Im Gegenteil, verschiedene Ideen können sich fruchtbar ergänzen. Dem Verhalten nach zu schliessen, zog die AG Medienkritik die parteipolitische Zweckmässigkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung vor. Dies ist um so bedauerlicher, als auch diese Gruppe sich durch die Zürcher Studentenschaft finanzieren liess. Sie hätte allein schon deshalb auf einen überparteilichen Anstrich schauen müssen. Dann hätten auch die Ergebnisse mehr Beachtung verdient.

W. M. in W.

Feedback

Um Euch bei all den «Hetzereien» gegen Euch und die Zeitung mal auch etwas Feedback zu geben, möchte ich Euch sagen, dass ich «das konzept» ganz ausgezeichnet und . . . *(unleserlich, die Red.)* finde.

Werner Hasler, Zürich

Schweizer Film . . .

Fortsetzung von Seite 7

verdrängtes Problem unserer Gesellschaft auf: das Schicksal der alten, isolierten Menschen. Anhand seines Nachbarn – eines «Einzelfalls» also – zeigt er, an welchem Grad an Unmenschlichkeit, ja Menschenverachtung eine Gesellschaft angelangt ist, die nur Konsumations- und Produktionspotenz anbetet und dem Wirtschaftsinteresse alles opfert. Sich optisch ungemein einfühlend, weiss Kappeler zu treffen und zu betreffen; auch hier verschmelzen private Optik und gesellschaftliche Relevanz, Emotion und Kritik. Man lässt das eine leben und erreicht doch die notwendige Distanz und Transparenz.

Die Frage nach der Menschenverachtung stellt auch *Hans-Ulrich Schlumpf* in *«Beton-Fluss»:* In einem sehr konzisen, intelligenten Kurzfilm, der postuliert, endlich mit der unsinnigen, zukunftslosen Autobahnbauerei aufzuhören. Schlumpf prangert die Zerstörung durch die modernen Barbaren der Technokratie an, die alles *gegen* den Menschen und alles *für* einen Teufelskreis unternehmen, an dem nur einige wenige mit Millionen profitieren: im Namen einer «autogerechten» Welt, eines zubetonierten Lebensraums, in dem Bäume und Pärke, Flüsse und Wohnquartiere, Ruhe, Sauerstoff und Lebenswürde zerstört werden.

Wohin anonyme Profitphantome und nächtliche Weichensteller führen, zeigt sich auch *am Beispiel ausländischer Saisonarbeiter* und ihrer zurückgelassenen Familien *(«Buseto»* von *Remo Legnazzi),* am Beispiel *streikender, entlassener und verachteter Arbeiter («Sonntagsschule»* von *Hans Stürm)* oder alter Menschen, die quasi zwangsdeportiert und so völlig zerstört werden (Kappeler): überall dort, wo nur noch Kurzsichtigkeit und zynisches Privatinteresse als Geburtshelfer einer unmöglichen Zukunft amtieren.

Fragilität und Widerspruch

Von den in Solothurn gezeigten noch relativ unbekannten *Langspielfilmen* gilt es nur *Rolf Lyssys* gescheite, bedeutsame *«Konfrontation»* festzuhalten. Lyssys sorgfältige, informative Darstellung des Falles Frankfurter, jenes jugoslawischen Juden also, der 1936 den *Landesgruppenleiter der NSDAP, Gustloff,* in Davos umbrachte, verschmilzt völlig nahtlos Fiktion und Dokumentation; durch die Aufwertung des Bildinhalts und die Ambivalenz wird der Zuschauer selbst in Konflikt und Geschehen einbezogen: mit gewissen Identifikationsmöglichkeiten, aber auch mit dem Vermögen, die aktuelle Fragestellung des Films zu erkennen.

Doch Lyssy ist ja nicht eigentlich ein Nachwuchsmann: «Konfrontation» ist bereits der zweite Langspielfilm des 39jährigen Zürchers. Und gerade die grosse Lücke bei den Debütanten einerseits und, andrerseits, die Schwierigkeiten jener, die mit ihrem (ersten) Langspielfilm aus dem Schatten der Grossen heraustreten wollen, stimmen für die weitere Entfaltung des schweizerischen Films skeptisch – jedenfalls so lange, als nicht die minimalen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Und die paradoxe Situation des vielleicht besten deutschschweizerischen Langspielfilms überhaupt, *«Fluchtgefahr»*, spricht auch für sich: Dieser seit Monaten fertiggestellte, vielerorts in Europa und Amerika gespielte Film von *Markus Imhoof* wartet in Zürich so lange auf seine Premiere, bis das andere in Solothurn fehlende Werk, *Gorettas «Pas si méchant que ça»*, dort seine Karriere beendet hat. Und nach dem beeindruckenden Resultat Gorettas dürfte man seinem bitteren, sehr persönlich gefärbten Film wohl zwischen zehn und vierzehn Wochen Spielzeit zumuten.

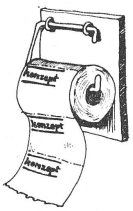
Bei einer derart fragilen Spitze stellt sich die Frage, was geschieht, wenn diese paar wenigen Leute einmal straucheln, wenn ein Tanner, Soutter oder Goretta in eine Krise gerät und in der deutschen Schweiz die Stagnation an der Basis anhält. Auch daran kann man ablesen, wie gefährdet das schweizerische Filmschaffen noch ist, ein Filmschaffen, das dem Ansehen der Schweiz – dem Echo gemäss – international förderlich ist und mit dem sie im Ausland grosse Reklame betreibt. Hierzulande macht man aus diesen Autoren Hungerleider, Bettler, der Arbeitslosigkeit Ausgelieferte, hierzulande kämpfen sie gegen das Unverständnis, den kulturellen Geiz, die politische Skepsis und gegen die Kino- und Verleihkartelle – und im Ausland dienen sie als Propaganda, ohne dass man sie dafür bezahlen oder entsprechend unterstützen würde.

Diese Diskrepanz zwischen glanzvoller Fassade und innerer Realität ist – man muss es wieder einmal sagen – eine sehr verbreitete Eigentümlichkeit Helvetiens. Sie hat sich aber auf die Dauer noch nie gelohnt.

Bruno Jaeggi

Papier ist wertvoll. Tun auch Sie etwas für den Umweltschutz, indem Sie «das konzept» nicht wegwerfen, sondern an eine(n) Bekannte(n) weitergeben. Wer weiss, vielleicht ist er Ihnen dankbar, eine neue Zeitung entdeckt zu haben . . .

Auch WC-Papier wird knapp! Sichern Sie sich Ihren monatlichen Anteil: Abonnieren Sie das konzept



Das Papier ist nicht schlechter als das irgendeiner Zeitung. Aber was draufsteht, ist anders. Keine oberflächlichen Bla-Bla-Informationen. (Dazu ist uns das Papier zu teuer.) Auch keine absoluten, «objektiven» Wahrheiten. (Dazu ist Papier zu billig. Zweitens gibt es die gar nicht.) Nein, was auf unserem Papier zu finden ist, sind Berichte und Kommentare, die den Hintergründen auf den Grund gehen; Artikel, die Zusammenhänge aufzeigen, welche auf anderem Papier oft nicht sichtbar werden.
Wenn Sie in Ihrer Tageszeitung manchmal den prüfenden Gesichtswinkel vermissen, die kritische Optik, dann liegt es vielleicht doch am Papier. Versuchen Sie einmal eine alternative Sorte: «das konzept» hilft Ihnen bestimmt beim Verdauen des helvetischen Informationseintopfs.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland 15 Fr., Ausland 18 Fr. Wenn Sie jetzt bestellen, läuft Ihr Abonnement aus technischen Gründen bis Dezember 1975 (9 Nummern) und kostet 12 Fr. (Ausl. 15 Fr.). **Spezialpreis für Schüler und Lehrlinge** (30% Rabatt): 8 Fr. (Kopie des Ausweises beilegen).
Talon einsenden an: **«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich**

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:
PLZ, Ort:

Abonniert «das konzept» bis Dezember 75

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten*/durch Zusendung*/Kiosk*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort*:
(* Zutreffendes unterstreichen)
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten: k 75/2

LONDON
1.4. - 4.4.
FLUG, HOTEL, FRÜHSTÜCK
FR. 230

ROMA
27.3. - 31.3.
BAHN/FLUG, HOTEL, FRÜHSTÜCK
FR. 245

SSR
SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
GENOSSENSCHAFT
BASEL, BERN, GENÈVE, LAUSANNE, LYON,
NEUCHÂTEL, ST. GALLEN, ZÜRICH

Prof. A. Niederer: Sozio-kulturelle Aspekte des Bergbauernproblems

Wir Bergler in den Bergen ...

Da nur noch etwa 8% der schweizerischen Bevölkerung überhaupt Bauern sind, kann man höchstens 2 bis 3% zu den eigentlichen Bergbauern rechnen. Sie sind statistisch und ökonomisch gesehen eine verschwindende Minderheit von rund 50 000 ständigen Arbeitskräften und deren Familien. Im Kanton Uri ist die Zahl der in der Landwirtschaft ständig Tätigen von 4388 im Jahr 1939 auf 1327 im Jahr 1969 zurückgegangen. Ein ähnlicher Rückgang lässt sich freilich auch bei anderen Beschäftigungsgruppen feststellen – denken wir etwa an die Herren- und Damenschneider, Schuhmacher, Wagner, Schmiede usw. Warum denn, so kann man fragen, die besondere Anteilnahme am Schicksal der Bergbauern? Warum wird das Bergbauernproblem trotzdem so häufig in der Presse, im Radio und im Fernsehen erörtert? **A.N.**

Von der Anbauschlacht ...

Abgesehen von der Bedeutung des Alpinen im psychischen Haushalt der Schweizer, von denen der Berner Germanist und Schriftsteller Otto von Greyerz gesagt hat, ein jeder von ihnen hätte einen Jodler im Herzen und ein Paar Bergschuhe im Kasten, fällt hier zur Erklärung die Tatsache ins Gewicht, dass die Berufsgruppe der Berglandwirte über einen unverhältnismässig grossen Anteil des schweizerischen Bodens verfügt. Die Alpweiden allein machen ein Viertel des ganzen schweizerischen Territoriums aus; sie sind die eigentliche Domäne der Bergler, dazu kommen Wälder, Weide- und Wiesland in den Talböden. Diese riesigen Gebiete sind früher von der Bergbevölkerung um des Ertrags willen intensiv bewirtschaftet worden, zuletzt noch während der sogenannten Anbauschlacht (Plan Wahlen) im Zweiten Weltkrieg, als die Bauern und ganz besonders die Bergbauern als volksernährende und besonders staatstragende Gruppe hohe Wertschätzung genossen.

... zur Sozialbrache

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als kein Mangel an landwirtschaftlichen Produkten mehr bestand, ging die Intensität der Bebauung in den Berggebieten, besonders in den höheren Lagen, rapid zurück. Höhensiedlungen wurden zurückgenommen, Kuhalpen wurden zu Rinderalpen und schliesslich zu Schafweiden, manche Alpen wurden überhaupt aufgegeben, und heute bleiben selbst die fruchtbareren Böden, die früher dem Futterbau gedient hatten, teilweise brach. Der Umfang dieser sogenannten Sozialbrache wird heute auf 80 000 Hektaren geschätzt, und bis zum Jahr 2000 rechnen offizielle Stellen mit einem Anfall von zusätzlich 260 000 Hektaren Brachland, wenn die Entwicklung so weitergeht.

Die Gründe für diesen Substanzverlust sind zunächst wirtschaftlicher Art. Die Selbstversorgung, bei welcher die Marktpreise keine Rolle spielten, ist schon vor Beginn des Zweiten Weltkriegs aufgegeben worden; der Bergbauer produziert heute für den Markt, und zwar hauptsächlich Vieh, Milch und Milchprodukte. Seine Produktion stösst jedoch an die im Gebirge von der Natur gesetzten Grenzen. Während die Bauern des Mittellandes bei steigenden Produktionskosten ihre Erzeugnisse durch Rationalisierung vermehren können, um keine Einkommenseinbussen zu erleiden, ist dies dem Bergbauern nicht im gleichen Masse möglich. So müssen manche Familien trotz nicht unbeträchtlichen öffentlichen Aufwendungen zugunsten der Berglandwirtschaft mit Jahreseinkommen leben, die 6000 Franken pro Jahr und weniger betragen. (J.-P. Hoby, «NZZ» v. 24. 1. 75). Diese Einbusse an Einkommen ist *nicht leistungs-, sondern marktbedingt.*

Bergbauer – Arbeiterbauer – Arbeiter

Die Bergbauern reagieren auf diese wirtschaftliche Benachteiligung in verschiedener Weise: so vor allem durch *Abwanderung* – besonders der jungen Generation – dem Wasser nach, zu den industriellen Erwerbsmöglichkeiten des Unterlandes und zum Teil in den Dienstleistungssektor. *Aufgrund ihrer ungenügenden allgemeinen und beruflichen Ausbildung müssen sich die so Abgewanderten im Unterland meistens mit unqualifizierten und untergeordneten Arbeiten begnügen.*

Wo sich Nebenerwerbsmöglichkeiten in erreichbarer Nähe des Wohnorts in den Bergen befinden, entstand der Typus der sogenannten *Arbeiterbauern,* die neben ihrer Hilfsarbeitertätigkeit in der Industrie noch ihren kleinen Familienbetrieb weiterführen, was jedoch – besonders zur Zeit der Arbeitsspitzen in der Landwirtschaft – zu physischer Doppelbeanspruchung führt und die Unfallquote emporschnellen lässt. Doch handelt es sich bei den Arbeiterbauern, wie wir vermuten, um eine *Übergangsphase auf dem Wege zur gänzlichen Aufgabe des bäuerlichen Betriebs.* Spätestens beim Generationenwechsel *werden aus den Arbeiterbauern Arbeiter,* die zwar oft noch weiterhin auf dem Land bzw. in den Bergen wohnen, jedoch nicht mehr als Bergbauern bezeichnet werden können. Ihre weitere Zugehörigkeit zum Dorf hat ihre Gründe in den starken Familienbindungen, im Haus- und Landbesitz, im Zugang zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Familie ihrer Eltern. Das Verbleiben im Dorf gibt auch die Möglichkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und am Vereinswesen. Am Arbeitsort selbst ist die Integration oft schwierig: die aus dem Bergdorf stammenden Arbeiter haben – besonders wenn sie nicht mehr sehr jung sind – Mühe, die sozio-kulturelle Schranke zwischen Stadt und Land zu überspringen. Insbesondere haben Arbeiter ländlicher Herkunft aufgrund ihrer patriarchalischen Erziehung Schwierigkeiten, sich Gewerkschaften anzuschliessen und sich an die inoffiziellen Arbeitsnormen zu halten, welche von den nichtländlichen Arbeitern aufgestellt und beobachtet werden.

Eine andere nichtlandwirtschaftliche Erwerbsquelle für die Bergbauern liegt beim *Tourismus.* Es zeigt sich jedoch auch hier bei näherem Zusehen, dass es vor allem die untergeordneten Funktionen sind, die von den Einheimischen ausgeübt werden: Küchendienst, Portierfunktionen, Pistendienst, Bedienung von Skiliften usw. *Der moderne Tourismus stellt an das Gastgewerbe Anforderungen, denen die in dieser Hinsicht schlecht ausgebildeten Bergler nicht mehr wie früher genügen können,* ganz abgesehen von den hohen Investitionskosten für Hotels und für die weitere Infrastruktur, Kosten, die von der bergbäuerlichen Bevölkerung nicht aufgebracht werden können. So *kommt es in Berggebieten unter der Übermacht fremder Investoren manchmal zu Situationen, die in einem gewissen Sinne an Kolonialherrschaft erinnern.*

Die ideologische Reaktion der «Geprellten»

Die bergbäuerliche Arbeit ist heute schon weitgehend eine Angelegenheit derjenigen, die nicht oder nicht mehr über die geistige Beweglichkeit verfügen, noch eine andere Beschäftigung oder wenigstens einen Nebenerwerb aufzunehmen, was vor allem im Alter ausserordentlich schwierig ist und was zur Überalterung der ansässigen Bevölkerung führt. Diese Gruppe, die oft nur aus Mangel an Entscheidungsfähigkeit nicht abgewandert ist, neigt dazu, ihre schwache wirtschaftliche Position durch moralische Argumente zu kompensieren, indem die traditionellen religiösen Werte, das überkommene Brauchtum und für besonders schweizerisch gehaltene Denkweisen hervorgehoben und dem angeblich dekadenten Verhalten der Städter gegenübergestellt werden. Solche Argumente, die manchmal auch von Politikern verwendet werden, um bestimmten bäuerlichen Forderungen an den Staat Nachdruck zu verleihen, haben viel von ihrer früheren Überzeugungskraft verloren, besonders seit auch im Gebirge der «Ausverkauf der Heimat» eingesetzt hat.

Die Wirtschaftsideologie der Bergbauern richtet sich einerseits gegen die in ihren Augen manchmal überflüssigen und schmarotzenden Beamten und Angestellten, anderseits auch gegen die Bauern des Flachlandes. Die Tatsache, dass die bisherigen Hilfsmassnahmen des Bundes und der Kantone (Getreidepreis, Stützung des Milchpreises) in höherem Masse den Bauern des Flach- und des Hügellandes als denen des Gebirges zugute kamen, weil sie sich nach dem Umfang der Produktion richten, ist ein wichtiges politisches Argument der Bergbauern. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, dass das Schicksal der Bergbauern und die Sympathie, die sie im Volk ganz allgemein geniessen (wie die Aktion *«Heu für Bergbauern»* der Zeitung *«Blick»* gezeigt hat), dazu diente, bäuerliche Forderungen nach staatlicher Intervention und Unterstützung durchzusetzen, dass dann aber die Bergbauern nur sehr beschränkt von diesen Massnahmen profitierten, also gewissermassen als emotionaler Vorspann für andere Interessen benutzt wurden und so die Kastanien für die wohlhabenderen Bauern aus dem Feuer holten.

Das Gefühl, vom Staat geprellt und innerhalb des Berufsstandes der Bauern eine unterprivilegierte Gruppe zu sein, führte in der Vergangenheit zur Gründung von bergbäuerlichen Notgemeinschaften, die durch Zusammenstehen (*«Härestoo»*) zu verhindern suchten, dass bergbäuerliche Betriebe infolge von Verschuldung unter den Hammer kamen. So kam es 1934 unter anderem zu Steuerstreikaktionen im Berner Oberland. Träger dieser Aktionen war neben den bäuerlichen Notgemeinschaften auch die sogenannte Heimatwehr, eine faschistoide Organisation, welche die Freimaurer und die Juden (als angebliche Vertreter des Finanzkapitals) für die misslichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Klein- und Bergbauern verantwortlich machte und zu Volksfeinden erklärte (Initiative gegen die Geheimgesellschaften 1937). Zu bergbäuerlichen Aktionen kam es während des Zweiten Weltkriegs an einigen Orten des Alpenvorlandes, so 1943 in Steinen im Kanton Schwyz und später in Bulle im Greyerzerland. Damals ging es darum, das Eingreifen eidgenössischer Funktionäre im Zusammenhang mit kriegswirtschaftlichen Delikten von Sennen gewaltsam zu verhindern.

Vom Lebensmittelproduzenten zum Landschaftsgärtner

Seit einigen Jahren ist die Bergbauernfrage in ein *neues Licht* gerückt worden. Es geht jetzt nicht mehr darum, den Bergbauernstand zu schützen, weil er als besonders bodenständig und staatserhaltend betrachtet wird; es *stehen nicht mehr moralisch-politische, sondern Argumente des Umweltschutzes im Vordergrund.* Es scheint sich die Auffassung durchzusetzen, dass der Bergbevölkerung nicht so sehr die Aufgabe zukommt, Lebensmittel und Vieh auf den Markt zu bringen – wie dies während des letzten Krieges der Fall war –, sondern sie soll sozialen Nutzen für die Gesamthaft der Bevölkerung produzieren. Darunter ist die Erhaltung und Pflege von Kulturland im Dienste des Umweltschutzes und der Erholung ganz allgemein zu verstehen.

Damit die Bergbauern diese Aufgabe erfüllen, muss ihre Existenz nicht nur materiell sichergestellt, sondern auf Parität zu den Verhältnissen in den nichtalpinen Teilen des Landes gebracht werden. Das heisst, wie J.-P. Hoby in der «NZZ» vom 24. 1. 75 ausgeführt hat, dass die öffentlichen Beiträge an die Landwirtschaft von der *Arbeitsleistung* und nicht von der *Produktivität des Bodens* abhängen sollen. Dies setzt einerseits staatliche Einkommenszahlungen an die in Bergbauernbetrieben ständig beschäftigten Arbeitskräfte voraus, anderseits auch weiterhin die Verbesserung der Produktionsverhältnisse, weil nicht nur die Umwelt geschützt und die Erholungslandschaft für alle unterhalten werden muss, sondern auch die Produktionsbereitschaft und Produktionsmöglichkeit für Zeiten gestörter Nahrungszufuhr im Sinne der Kriegsvorsorge sichergestellt werden soll.

Es gilt also, dem heute noch vorherrschenden Rentabilitätsdenken eine neue Orientierung entgegenzustellen, die nicht nach der unmittelbaren Rendite fragt, sondern optimal und auf weite Sicht die Bedürfnisse aller Arbeitenden nach Lebensqualität deckt. Es handelt sich also um eine Einstellung, wie sie mit Bezug auf die militärische Landesverteidigung stets als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Die Feststellung, dass die Bergbauern diesen sozialen Wert schon immer produziert und damit der Allgemeinheit unbezahlbare Dienste geleistet haben und dass er in Zukunft direkt honoriert werden muss, kann – wenn damit Ernst gemacht wird – ihrem Dasein einen neuen Sinn geben und sie bewusst werden lassen, dass ihre Arbeit nicht überflüssig, sondern lebensnotwendig ist und dass es sich bei den vorgeschlagenen Direktzahlungen nicht um Almosen handelt.

Bergbauer sein ist nicht ein «Naturdasein»

Die Aufgabe, die man so den Bergbauern zuweist, stellt jedoch erhöhte Anforderungen an die öffentliche Bildung in den Berggebieten, die allgemein ungenügend ist. Es herrscht immer noch die Auffassung, dass die Landwirtschaft, besonders im Gebirge, kein Beruf sei und dass eine Verbesserung der Schulbildung höchstens die Abwanderung fördere. Wenn letzteres auch nicht ganz in Abrede gestellt werden soll, so kann es anderseits nicht gleichgültig sein, welche Möglichkeiten sich für die Abwandernden eröffnen.

Die Berglandwirtschaft als einer der vielseitigsten Berufe im Zeitalter der Technik muss wie jeder andere Beruf erlernt werden. Bergbauer sein ist nicht einfach ein «Naturdasein». Neben der Ausbildung für die landwirtschaftlichen Tätigkeiten ist auch eine Schulung in nichtlandwirtschaftlichen Arbeiten notwendig, welche zum Beispiel eine erste Grundlage zur Aufnahme eines Nebenerwerbs bildet. Die landwirtschaftlichen Berufsschulen sollten insbesondere die Idee der überbetrieblichen, das heisst genossenschaftlichen Zusammenarbeit fördern. Man hat Mühe zu begreifen, warum in den schweizerischen Berggemeinden, die in der Vergangenheit ein hochentwickeltes Genossenschaftswesen geschaffen haben (besonders im Zusammenhang mit dem Alpbetrieb im Sommer), so wenig Interesse für Gemeinschaftsställe oder für gemeinsame Maschinenhaltung besteht. Der vielgepriesene lebensfähige Familienbetrieb als offizielle Zielsetzung heisst gerade für die Bergbauern praktisch: harte Arbeit, 7-Tage-Woche, niemals Ferien, Katastrophe im Krankheitsfall. Dort, wo man – wie etwa im Wallis – Gemeinschaftsställe mit Besorgung im Turnus und Maschinengemeinschaften gegründet hat, die später zu weiterer gemeinsamer Produktion ausgebaut werden können, möchte man auf keinen Fall zum Einzelbetrieb zurückkehren; dasselbe soll übrigens auch für die vielverlästerten landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften in den Oststaaten zutreffen (*«Bresche»*, März 1974).

«Das Volk erträgt das demütigende Leben, ohne sich dagegen zu empören.» (Ché Guevara)

Sowohl die Berglandwirtschaft wie der Umweltschutz und der Kampf gegen den wirtschaftlichen und kulturellen Zerfall ganzer Regionen lassen sich nicht improvisieren, sondern müssen professionalisiert werden. Es wäre Aufgabe der Schule und der Erwachsenenbildung, den Gedanken der interfamiliären Zusammenarbeit und der regionalen Planung von der emotional abweisenden auf eine rational bejahende Grundlage zu stellen. Bessere Fach- und Allgemeinbildung ermöglicht eine effektive Teilnahme am politischen, sozialen und kulturellen Leben und verbessert das Verhältnis zur Gruppe der Nichtlandwirte in den Gemeinden. Die Grund- und Fachausbildung müsste durch ein System der Erwachsenenbildung ergänzt werden, für welche das Bedürfnis in dem Masse anwachsen dürfte, wie die Bildung im Jugendalter modernisiert und ausgebaut wird.

Wie Erhebungen im Kanton Uri und im Wallis gezeigt haben, erwarten die Bergbauern von den Schulen nicht so sehr die Förderung von technischen, sozialen und kommunikativen Fähigkeiten als vielmehr Erziehung zu den traditionellen Werten Gehorsam, Ordnung und Ruhe sowie zu oft recht äusserlichen Formen der Religiosität. Für Kreativität, neue Alternativen und Phantasie bleibt da oft wenig Raum. Einfachheit, Bedürfnislosigkeit und Sparsamkeit waren Werte, welche bei der früheren Selbstversorgungswirtschaft der Bergler zwar eine wichtige Rolle spielten, die jedoch zur Bewältigung der Aufgaben von heute nicht mehr genügen. So ist die äussere und innere Reform des Bildungswesens auf allen Stufen unter den jetzt bestehenden Verhältnissen ein Grunderfordernis für eine sinnvolle wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Berggebiete.

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich 01/47 99 85

Soeben erschienen:

Urs Kirchgraber

Lineare Algebra
(Vorlesungsskript für Ingenieure)

138 Seiten, kart.
Best.-Nr. 9.17
Studentenpreis Fr. 12.–
Zu beziehen bei
SAB, Clausiusstrasse 3
8006 Zürich
oder beim Verlag

Zum Gewerkschaftsverständnis der kritischen Intelligenz

Organisieren – aber wo und wie?

Einerseits nimmt der Druck gegen die kritische Intelligenz in der Schweiz langsam bedrohliche Formen an; nicht nur etwa mit spektakulären Entlassungen von Lehrern oder Rausschmissen von Studenten, nein auch mit der viel subtileren Form von künstlicher Verknappung und Nichtausbau der Arbeits- und Studienplätze. Wer dabei auf der Strecke bleibt, ist klar: die Kritischen, Linken, Unbequemen; man braucht sie nur nicht mehr einzustellen, um sie fertigzumachen. Daneben heizt man in der Öffentlichkeit noch ein bisschen die Stimmung an gegen die bösen Armeefeinde und von Moskau bezahlten Wühler.

Anderseits wächst bei den Betroffenen und denen, die es demnächst betreffen könnte, die Einsicht in die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Front gegen so muntere Herr-im-Haus-Kaltschnäuzigkeit obristentreuer Wächter der «rechten» Demokratie.

Doch kaum ist Einsicht entstanden und Wille zur Solidarität – bei ein paar wenigen erst –, schon ist er da, der Streit um den richtigen Weg, um die richtige Form – und um das Publikum. Viele gibt es, die haben das Rezept schon fertig in der Tasche – wir nicht, wir suchen noch nach einer geeigneten Organisationsform, die der neu entstehenden Basis der kritischen Intelligenz entspricht und der Erneuerung der traditionellen Gewerkschaftsbewegung nützt. Neue Ansätze sind vorhanden, gewiss; aber weder die neuen noch die alten sind bisher fähig, die Existenz der kritischen Intelligenz und damit ihren Beitrag für die gesellschaftliche Veränderung zu sichern. Keine, auch keine grosse Gewerkschaft kann einen staatlichen oder privaten Arbeitgeber zwingen, einen Arbeitsuchenden einzustellen, solange die neue Basis noch so schmal ist und die alte, grosse Basis noch kein neues Bewusstsein entwickelt hat (für neu kann man auch kritisch einsetzen). Die GKEW kämpft für beides; der Weg, den sie dabei einschlägt, ist keine Endlösung, sondern ein aus der Basisarbeit erwachsener Anfang, der hier einmal mehr zur Diskussion gestellt sei.

Die GKEW besteht aus Künstlern, Erziehern, Wissenschaftern, Journalisten, Theaterleuten, Buchhändlern, Sozialarbeitern, also aus Leuten, die in irgendeinem Bereich von Kultur, Erziehung und Wissenschaft arbeiten. Leute also, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres Berufs in der Gesamtgesellschaft privilegiert sind, aber dennoch in irgendeiner Form abhängig sind von staatlichen und privaten Kapital- und Arbeitgebern.

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT GKEW / Postfach 725 8022 Zürich

Die GKEW organisiert unter diesen sogenannten Intellektuellen und Künstlern

- jene, die ihr Bildungsprivileg, das heisst ihr geistiges Kapital, in den Dienst der Befreiung aller Unterdrückten stellen wollen, die also nicht mehr bereit sind, Kultur, Erziehung und Wissenschaft zu betreiben, um Unrecht und Unvernunft aufrechtzuerhalten;
- jene, die eingesehen haben, dass Entfremdung und Abhängigkeit nur im gemeinsamen Kampf mit allen Lohnabhängigen überwunden werden kann;
- jene, die mit den sozialen Bedingungen in unserem Gesellschaftssystem, unter denen sie arbeiten müssen, in Widerspruch geraten sind;
- jene, die nach neuen Formen von Kultur, Erziehung und Wissenschaft suchen.

Sie sammelt daher vor allem

- jene, die weder in einem ständischen Berufsverband noch in einer der bestehenden Gewerkschaften eine Möglichkeit sehen, aktiv mitzuarbeiten, trotzdem aber aus ihrer Isolation herausteten möchten.

Die GKEW versteht sich als vorläufig autonome Gewerkschaft, die zwar einerseits den zum Teil erstarrten Kurs der grossen Gewerkschaften kritisiert, anderseits aber auf weitere Sicht den Zusammenschluss aller Gewerkschaften befürwortet. In dem Sinn pflegt sie den Kontakt zur Basis der anderen Gewerkschaften.

Die GKEW hat daher folgende Hauptziele:

- Schutz derjenigen Künstler, Erzieher und Wissenschafter, die aufgrund ihrer fortschrittlichen Einstellung gefährdet sind.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Künstlern, Erziehern und Wissenschaftern.
- Weiterbildung nach innen.
- Weiterbildung nach aussen in der traditionellen Arbeiterbewegung.
- Kampf für fortschrittliche Kultur- und Erziehungspolitik.
- Förderung aller auf diesen Gebieten entstehenden alternativen Projekte.
- Zusammenarbeit mit allen Organisationen mit ähnlichen Zielen.

Die GKEW arbeitet in Fachgruppen (fachspezifisch), Regionalgruppen (interdisziplinär) und Basisgruppen (konkrete Projekte). Sie lebt daher von der Aktivität und vom Willen ihrer Mitglieder und bekämpft alle sich verselbständigenden bürokratischen Strukturen.

T. S/M. R

1. Jahrgang WDW Nr. 15.1.017.74

Auflage 240 000

Tages-Anzeiger

Geschäftssitz: Zürich 4, Werdstrasse 21
Briefe: Postfach, 8021 Zürich
Verlag Abonnements, Inserate 01/39 30 30, Telex 56 188
Aufgabe von Kleininseraten 01/39 40 40, Telex 56 188
Redaktion 01/39 50 50, Telex 54 163

Wir haben vielen vieles zu sagen.

Auslandpreise: Lit. 200, DM –.90, Pts 30
Abonnementspreise auf Seite 18
Grundpreis für Inserate: Der 1sp. mm (27) Fr. 1.23
Stellen (36) Fr. 2.01, Reklamen (57) Fr. 5.13
(Ausland 1.71/2.75/7.44) Rabatte gemäss Tarif

Max Frisch liest den Tages-Anzeiger. Sucht er einen Gebrauchtwagen?

In einem Brief, den Max Frisch uns geschrieben hat, fand er lobende Worte für das Magazin, das jeden Samstag dem Tages-Anzeiger beiliegt. Es erfülle sowohl in der Wahl der Themen wie in der Schreibweise die zentrale Aufgabe einer Zeitung, nämlich kritische Aufklärung. Das hört man gern.

Aber weil das Magazin eine Beilage des Tages-Anzeigers ist, nehmen wir an, dass Max Frisch manchmal auch einen Blick aufs Weltgeschehen werfen will oder auf die Ereignisse in der Schweiz und in Zürich. Oder dass er wissen will, um wieviel Uhr der neue Fellini beginnt und wann der neue Dürrenmatt gespielt wird. Kein Mensch lebt nur zwischen zwei Buchdeckeln.

Kurz, wir meinen, der Tages-Anzeiger sei eine Zeitung, die einem Intellektuellen gute Dienste leistet. Vor allem auch, weil sie nur dort intellektuell ist, wo es am Platz ist, und nicht dort, wo es einen Tatbestand unnötig kompliziert. Und weil sie kein Parteiblatt ist, sondern auch gegensätzliche Meinungen zum Wort kommen lässt.

Zum Zeichen dafür, dass uns an Studenten, die den Tages-Anzeiger lesen, viel liegt, bekommen Sie ihn 30% billiger. Mit dem gesparten Geld kaufen Sie sich vielleicht ein Buch von Frisch, der so nett war, uns das Briefzitat zu erlauben.

Coupon

Ich möchte es Max Frisch gleichtun und den Tages-Anzeiger lesen.

☐ *Vorerst 3 Wochen gratis zur Probe.*

☐ *3 Wochen gratis und nachher im Abonnement mit 30% Rabatt.*

Ich wähle folgende Zahlungsart (die 30% Studentenrabatt sind bereits abgezogen):

☐ *Fr. 5.85 für 1 Monat* ☐ *Fr. 33.40 für 6 Monate*

☐ *Fr. 16.85 für 3 Monate* ☐ *Fr. 66.05 für 1 Jahr*

Name:

Strasse:

Plz., Ort:

7403

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich